

Im Betreff der Münchener Wahl erklärt Bollmar, daß seit Menschengedenken München keine Versammlung wie jene Wählerversammlung gesehen habe; zwischen 6- und 7000 Mann wären zugegen gewesen. Bei der Fülle des Besuchs war die Wahl durch Stimmzettel einfach unmöglich. Nach dem stenographischen Bericht über die Versammlung (den Redner verliest) sei alles ordnungsmäßig zugegangen. Wambösgans sei bei der Wahl durchgefallen, was für ihn um so unangenehmer war, als er zweiter Vorsitzender in der Versammlung war. Daher der Protest.

Auch über diesen Protest wird hinweggegangen.

Das Mandat von Wefch-Crefeld wird für gültig erklärt, nachdem der Referent Pfannkuch noch darauf aufmerksam gemacht, daß die 15 Crefelder gegen die ordnungsmäßige Wahl von Wefch überhaupt keinen Einspruch erhoben haben.

Lichtenberg-Crefeld meldet sich zum Worte. (Rufe: Ist kein Delegirter!)

Vorsitzender Singer: Dann habe ich nur zu bedauern, daß die an den Thüren postirten Genossen Leute hereingelassen haben, die nicht im Besitze eines Mandats sind. (Zu Lichtenberg:) Haben Sie ein Mandat?

Lichtenberg: Ja!

Vorsitzender Singer: Haben Sie es der Kommission übergeben?

Lichtenberg: Ja!

Referent Pfannkuch: Das Mandat ist ordnungsgemäß ausgestellt.

Grimpe-Elberfeld: Wenn wir das Mandat für Lichtenberg anerkennen wollen, müssen wir doch erst prüfen, ob die Versammlung, in der er gewählt, ordnungsgemäß berufen war. Es sollte in öffentlicher Versammlung gewählt werden; dort ist Wefch nahezu einstimmig delegirt worden. Ausdrücklich wurde beschlossen, nur einen Delegirten zu wählen.

Vorsitzender Singer: Dann schlage ich vor, diese Sache zur Klarstellung der Verhältnisse an die Mandatsprüfungskommission zurückzuverweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Schulze-Grfurt beantragt, die Wahl des Delegirten Gierz-Weimar für ungültig zu erklären. Der Antrag wird ausreichend unterstützt, und nachdem der Antragsteller und Leutert-Apolda für Ungültigerklärung und Reißhaus-Grfurt dagegen gesprochen, das Mandat Gierz für gültig erklärt.

Frau Threr (zur Geschäftsordnung): Ich wollte den anwesenden Delegirten nur im Namen meiner Genossinnen und derer, die uns gewählt haben, unseren Dank aussprechen dafür, daß Sie abgegangen sind von der veralteten Methode des Ausschusses der

Frauen.*) Ich spreche Ihnen unseren wärmsten Dank dafür aus. Sie haben uns dadurch für die Zukunft vieles erleichtert. Wir werden jederzeit unser Theil an der sozialen Arbeit gründlich zu erledigen suchen. (Beifall.)

Vorsitzender Singer: Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Ich glaube, die Partei kann stolz sein auf das Resultat, daß sie ihren ersten Parteitag in der neuen Ära mit 413 Delegirten besetzt hat. Sie darf sich freuen, wieder einmal ihre Kraft, Einheit und Stärke auf diese Weise bewiesen zu haben.

Danach geht der Parteitag über zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Organisation der Partei,

(Wortlaut des Entwurfs siehe Anhang.)

Berichterstatter Auer: Unsere Genossen! Unsere bisherigen Verhandlungen haben sich hauptsächlich mit den Aktionen der Vergangenheit und speziell der letzten Zeit befaßt. Nachdem wir damit fertig, gehen wir dazu über, die Basis zu schaffen, auf welcher wir unsere weiteren Aktionen unternehmen, die Schlachten der Zukunft schlagen wollen. Es handelt sich jetzt darum, uns eine neue Organisation zu geben, nachdem es uns wieder möglich geworden ist, frei und offen aufzutreten. Nicht zum ersten Mal schaffen wir uns eine Organisation; schon vor dem Sozialistengesetz haben wir uns mehrere Male mit der gleichen Aufgabe beschäftigt. Ich halte es deshalb für nothwendig, bevor ich auf den jetzigen Entwurf näher eingehe, auf unsere frühere Organisation einen Rückblick zu werfen. Ich will dabei die älteren Organisationen, das Vereinsstatut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Statut der sogenannten Eisenacher Partei nicht heranziehen, sondern nur auf die nach der Vereinigung auf dem Gothaer Vereinigungskongreß von 1875 geschaffenen Einrichtungen eingehen. Nicht 1876, wie hier über meinem Haupte (auf einer der zahlreich im SitzungsSaale angebrachten Gedenktafeln) zu lesen ist, fand dieser Kongreß statt; denn 1876 hatten wir die Organisation schon nicht mehr, die wir 1875 im Mai geschaffen hatten. Warum wir sie nicht mehr hatten, das bitte ich Sie auch bei der jetzigen Berathung nicht außer Acht zu lassen. Nicht wir waren daran Schuld; sondern daß unsere damalige Organisation nur eine so kurze Lebensdauer hatte, es kam davon, daß in der Organisationsfrage Mächte mitzureden haben, auf die, einen Einfluß auszuüben, wir nicht in

*) Es mag bemerkt sein, daß auf keinem der Parteikongresse, weder vor dem Sozialistengesetz, noch während der Giltigkeit desselben, Frauen, welche sich zur Theilnahme gemeldet hatten, von den Kongressen oder Parteitagen ausgeschlossen wurden. Es haben sich nur leider sehr selten Frauen gemeldet.

der Lage sind. Die Organisation kann und wird nicht so von uns geschaffen werden können, wie wir sie unserer Ueberzeugung nach für am geeignetsten und besten halten; sondern wir müssen dabei auf die eben angeedeutete Mächte Rücksicht nehmen. Daß wir 1876 nicht mehr zusammentreten konnten als Kongreß der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, wie wir uns 1875 nannten, sondern daß 1876 ein allgemeiner Sozialistenkongreß berufen werden mußte, lag daran, daß, nachdem wir im Mai 1875 uns konstituiert hatten, im März 1876 unsere Partei für Preußen bereits „vorläufig“ geschlossen worden ist. Als wir 1876 zusammentraten, mußte der damalige Berichterstatter des früheren Parteiaussschusses die Erklärung abgeben, daß für Preußen die Parteiorganisation ungültig gemacht und daß wegen der vorläufigen Schließung der Partei es unmöglich gemacht sei, die Organisation in der früheren Form weiter zu handhaben. Wir haben deshalb 1876 keinen Parteivorstand mehr gewählt, sondern, da die Wahlen in Aussicht standen, ein Central-Wahlkomitee eingesetzt mit dem Sitz in Hamburg. Es wurde von Otto Capell der Antrag gestellt, zur permanenten Leitung der sozialistischen Wahl- und Parteiagitation möge der Kongreß ein ständiges Central-Wahlkomitee aus 5 Personen wählen, dessen Amtsthätigkeit sich bis zum nächsten Kongreß zu erstrecken habe; diesem Komitee sollte in allen Agitations- und Parteiangelegenheiten diktatorische Gewalt übertragen werden. Zur Kontrolle dieser Centralbehörde sollte weiter eine Revisions- und Beschwerdekommision, bestehend aus sieben Personen, eingesetzt und gewählt werden von den Genossen des Ortes, wo die Kommission ihren Sitz hat.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden, trotz der heute wohl für manche Ohren schrecklichen Worte „diktatorische Gewalt“. Es folgten die Wahlen von 1877 mit ihren bedeutenden Erfolgen für uns. Wir traten nach den Wahlen wieder zusammen im allgemeinen Sozialistenkongreß zu Gotha 1877. Dort war eine der ersten Handlungen die Konstituierung einer sogenannten Organisationskommission, welche die Frage der Neuorganisation zu prüfen hatte. Diese Kommission trat unter dem Vorsitze unseres Mitmeisters der Organisation, dem in Organisationsfragen so oft bewährten Genossen C. W. Tölcke, der auch jetzt, trotz geschwächter Kräfte, es sich nicht hat nehmen lassen, unter uns zu erscheinen, und dem ich den freundlichsten Gruß der Versammlung entgegenbringe (allseitige freudige Zustimmung), zusammen und das Resultat ihrer Beratungen war, dem Kongresse zu empfehlen, von irgend einer formellen Organisation Abstand zu nehmen. Die Kommission sei, so führte der in ihrem Namen sprechende Genosse Tölcke damals aus,

„zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Kongreß von der Schaffung

H

einer Organisation Abstand nehmen müsse; nicht deshalb, weil eine solche etwa nicht mit den Vereinsgesetzen in Einklang zu bringen wäre, sondern, weil nach der ausdrücklichen Erklärung des Staatsanwalts Lessendorff keine wie immer gestaltete Organisation der Sozialisten in Preußen geduldet werden dürfe, so lange das jetzige Vereinsgesetz in Preußen existire. — Man dürfe Lessendorff den Gefallen nicht thun, ihm durch Herstellung einer neuen Organisation Gelegenheit zu geben, die Sozialisten in Preußen durch erneute Strafanträge verfolgen zu können. — Uebrigens sei eine formelle Organisation nicht mehr nöthig, wie das Resultat der Reichstagswahl und die trotz des Mangels einer Organisation fortwährend steigende sozialistische Propaganda genügend beweisen. Die Kommission schlug dem Kongresse vor, in einer Resolution zu erklären: „Mit Rücksicht auf die von preussischen Behörden förmlich proklamirte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen nimmt der Kongreß von der Herstellung irgend einer Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können; der Kongreß überläßt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisiren.“

Diese Resolution fand ohne weitere Debatte einstimmige Annahme. Daneben wurde die Wiedereinsetzung des Centralkomitees und außerdem die Wiedereinsetzung einer Art Kontrollkommission beschlossen.

So standen die Dinge vor dem Sozialistengesetz unter dem gemeinen Recht. Bemerken will ich, daß nach der Zeit, wo in Gotha diese Resolution angenommen wurde, außer in Preußen, auch in Bayern und Sachsen die Schließung der Partei erfolgte.

Die Beschlusfassung über diesen Punkt der Tagesordnung hängt also, wie Sie sehen, durchaus nicht davon ab, was wir wohl für das Richtige und Beste für die Partei halten, sondern wir haben auf Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, die wir allerdings am liebsten davon fernhalten möchten. Ich betone, daß dieselben gesetzlichen Bestimmungen, auf Grund deren vor dem Sozialistengesetz die Organisation aufgelöst wurde, auch heute noch existiren. (Sehr richtig!). Niemand wird nun so naiv sein, zu glauben, daß man heute uns gegenüber eine mildere Praxis anwenden wird, als 1876/77. Wir werden deshalb ungemein vorsichtig sein und bei unseren Beschlüssen uns stets gegenwärtig halten müssen: es sieht uns Jemand über die Schultern, bei dem es bei dem geringsten Versehen unsererseits, bloß eines Federstriches bedarf, um unser ganzes Werk über den Haufen zu werfen.

Was nun thun? Wir haben Ihnen einen Organisationsentwurf vorgelegt. Ueber diesen Entwurf ist seit seiner Veröffentlichung

H

Küchling in der Parteipresse sowohl wie auch in Versammlungen eine außerordentlich erregte Diskussion geführt worden. Ich muß bedauern, daß gelegentlich dieser Diskussion Angriffe erfolgt sind, die bei näherer Kenntniß der Sache vielleicht weniger scharf ausgefallen wären. Der Entwurf trägt die Unterschrift der 85 Mitglieder der Fraktion. Wenn nun das eine oder andere Mitglied durch persönliche Gründe verhindert war an der Beratung und Mitarbeiterschaft theilzunehmen, so konnte man doch voraussetzen, daß es durch seine Abwesenheit bereits bekunde, daß es überzeugt sei, daß die Anwesenden, soweit es in ihren Kräften steht, das Möglicste und Beste thun würden. Wenn wider Erwarten aber auch von dieser Seite her noch scharf kritisiert worden ist, so steht ja das Recht der Kritik zweifellos jedem Genossen offen; nur darf ich im Namen aller derjenigen, die sich den Kopf über den Organisationsentwurf zerbrochen, die Arbeit geleistet und die nicht selten gegentheiligen Anschauungen mit aller Schärfe betont und vertreten haben, das Bedauern aussprechen, daß es denjenigen Fraktionsgenossen, die nachher durch ihre Kritik ein so hohes Interesse an dem Entwurf bekundet haben, nicht möglich gewesen ist, an den Beratungen und den Arbeiten in der Fraktion theilzunehmen. Es wäre uns dann vielleicht die etwas unangenehme Erscheinung erspart geblieben, daß Personen, deren Namen selbst unter dem Entwurfe standen, nachher zum Gaudium der Gegner sich zu einer solch' scharfen Kritik desselben veranlaßt gesehen haben.

Die Kritiker hätten überhaupt mehr berücksichtigen sollen, daß es doch auch Genossen sind, die diesen Entwurf verfaßt haben. Wir sind ja unter uns gewohnt, uns nicht gerade all zu sanft zu behandeln; aber von Fraktionsherrschaft, Diktatur, ja sogar Parteipapstentum und Wehlichem zu reden und zu schreiben, schien uns doch etwas über das Erlaubte hinauszugehen. (Sehr richtig!) Es muß doch nicht immer der schlimmste Ausdruck gebraucht werden (Heiterkeit), wenn man jemandem sagen will, daß man mit ihm nicht einverstanden ist. Man muß nicht gleich mit der Thür ins Haus fallen. (Heiterkeit.) Ich muß weiter sagen, daß ich beim Lesen und Hören der verschiedenen Urtheile recht oft die Empfindung hatte, daß die guten Leute, die am schärfsten kritisierten, sich in ihrem Urtheil durch Sachkenntniß recht wenig beeugt fühlten und gerade deshalb so gar ungenirt raisonniren konnten. (Heiterkeit.)

Das Recht der Kritik steht gewiß Jedem offen, und ich kann Ihnen ruhig mittheilen, daß der Entwurf, so wie er Ihnen vorliegt, auch nur das Produkt eines Kompromisses ist. In der Fraktion war nicht ein Einziger, der an dem Entwurf nicht das eine oder das andere anzusehen hatte. Es zeigt überhaupt von wenig Scharfsinn und noch weniger Kenntniß der tatsächlichen Verhältnisse, von Fraktionsherrschaft bei uns zu reden. Die Fraktion, welche als

H

Parteipapst geherrscht haben sollte und angeblich noch herrscht, wechselt doch in ihrem Personenbestande fortwährend. Unter den 85 heutigen Fraktionsmitgliedern ist nicht ein Einziger, der während der ganzen 13 Jahre der Herrschaft des Sozialistengesetzes der Fraktion dauernd angehört hat. Selbst unser dauerhaftester Abgeordneter, Genosse Bebel, hat bei der Wahl von 1881 einen Durchfall erlebt. (Bebel: Trotz 37 Kandidaturen! Heiterkeit.) Sie sehen, der Fraktionspapst ist nur ein Gespenst ohne Fleisch und Körper. Außerdem hat Bebel gestern, so drastisch wie nur er zu schildern vermag, bereits über die einzelnen Vorgänge in der Fraktion, die ich Ihnen gar nicht so offen eingestanden hätte (Heiterkeit.) Mittheilung gemacht. Also auch unter den Fraktionsmitgliedern giebt es Meinungsverschiedenheit und es wird dort ebenso per majora abgestimmt, wie hier. Dabei soll nicht gesagt werden, daß man nachher keine eigene Meinung mehr haben darf. Speziell aber bei dem vorliegenden Entwurf handelt es sich gar nicht um endgiltige Bestimmungen, die sollen Sie ja hier erst schaffen. Man hätte bei der Kritik berücksichtigen sollen, daß man ein Produkt von Genossen und nicht einen Gesetzenentwurf des Bundesraths vor sich hatte. (Große Heiterkeit.) Der Bundesrath ist außerdem in viel günstigerer Lage; für ihn treten die Staatsanwälte ein, während wir hilflos dastanden. (Heiterkeit.)

Indem ich nun auf den Entwurf selbst eingehe, will ich zunächst hervorheben, daß auch für die Fraktion die Frage im Vordergrund stand: Können wir es riskiren, einen „Verein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ für ganz Deutschland zu gründen, oder müssen wir uns konstituiren als Partei, der möglichst der Charakter eines Vereines nicht aufgedrückt werden kann? Diese Frage ist sehr scharf diskutirt worden, wir sind aber zu keiner Entscheidung gekommen, und zwar deshalb nicht, weil die Mehrheit der Fraktion, auf Grund der früheren schlimmen Erfahrungen, unter dem Eindruck stand: es ist ja absolut gleichgiltig, wie wir die Paragraphen fassen, wir werden ja doch wieder aufgelöst. Andererseits fühlten wir uns moralisch verpflichtet, sowohl den Genossen wie der Öffentlichkeit gegenüber, uns wieder eine formelle Organisation zu geben. Wird sie später wieder aufgelöst, nun — dann geht's auch so weiter (Heiterkeit). Aus der Welt sind wir bisher nicht geschafft worden, trotz aller Auflösungen; erfolgt eine neue, so haben wir einen größeren Spielraum (Heiterkeit).

Auf alle Einzelheiten der Vorlage kann ich nicht eingehen; es ist auch nicht nothwendig. Zunächst ist eine Aenderung des Namens vorgeschlagen; wir sollen uns von jetzt ab sozialdemokratische Partei nennen. Bisher war der offizielle Parteititel: Sozialistische Arbeiterpartei. Bei der feinerzeitigen Wahl dieses Namens wurde von einflussreichen Genossen auseinandergesetzt, daß eine sozialistische

H

Partei eo ipso eine demokratische sein müsse. Diese Auffassung läßt sich heute, wo alle Welt in Sozialismus macht, wohl nicht mehr gut aufrecht halten. Doch das sind Formsachen; wir bleiben, gleichgültig wie wir uns nennen, was wir waren.

Besonderen Anstoß hat es erregt, daß wir die Mitgliedschaft an der Partei von der dauernden materiellen Unterstützung derselben abhängig machen wollen. Ich mache darauf aufmerksam, daß alle früheren Organisationsstatuten ausnahmslos Bestimmungen enthielten, worin sogar ein bestimmter Beitrag festgesetzt war und worin es hieß, wer nach Verlauf einer bestimmten Frist diesen Beitrag nicht geleistet hat, kann nicht mehr als Parteigenosse im engeren Sinne, d. h. als Angehöriger der organisierten Partei, betrachtet werden. Von einer Vergewaltigung gegenüber den Arbeitern und Genossen kann also bei unserem Vorschlag gar keine Rede sein. Diese Bestimmung ist auch früher nicht so schlimm aufgefaßt worden; Sie finden auch ein Analogon in allen unseren Wahl- und Arbeitervereinen. Man hat gesagt, wer nicht mehr bezahlt, würde von uns nicht mehr als Sozialdemokrat betrachtet werden. Das ist einfach thöricht. Ebenso falsch ist, wenn andererseits gesagt wird, die Zugehörigkeit zur Partei befunde doch die für uns erfolgte Stimmabgabe. Wir haben ja gar keine Kontrolle, wer für uns stimmt, und die betreffenden Genossen werden doch wohl nicht Puttkamer entgegenkommen und das geheime Wahlrecht aufheben wollen. Trotzdem also diese Einwürfe unbegründet sind, so darf ich doch im Namen meiner Auftraggeber, der Fraktion, erklären, daß wir bereit sind, die Worte „dauernde materielle Unterstützung“ fallen zu lassen. Wir sind nämlich von hervorragender juristischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Verlangen einer fortgesetzten pekuniären Leistung schon genüge, uns als einen Verein zu erklären.

Dagegen müssen wir unter allen Umständen im Parteinteresse wünschen, daß man daran festhält, daß zur Partei nicht gehört, wer sich nicht zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat. Unsere Partei muß rein bleiben von zweifelhaften Elementen. Ich bemerke, daß wir nicht gerade an ehrlose Handlungen gedacht haben, wo der eine oder der andere durch Zufälligkeit, Leichtsin, Noth u. s. w. in Konflikt mit dem Strafgesetzbuch gekommen ist; nein, es giebt ehrlose Handlungen, die kein Strafgesetzbuch der Welt verurtheilt und die doch schlimmer sind als die gemeinsten Verbrechen. (Sehr richtig!)

Ich möchte wünschen, daß wir uns mit Ausschließungen gar nicht mehr zu beschäftigen haben; aber die Möglichkeit, unsaubere Elemente uns von den Hochsitzen zu schütteln, müssen wir haben und dafür eine Form festsetzen.

Was die Vertrauensmänner betrifft, so wird die glückliche Lösung der Frage, wie wir die für die Parteileitung absolut noth-

H

wendigen Korrespondenten und Vertrauensmänner in den verschiedenen Wahlkreisen Deutschlands schaffen werden, sehr schwer sein. Werden bessere Vorschläge gemacht, als unsere sind, so werden wir sie mit Vergnügen entgegennehmen. Die Bestimmung des § 3: „Insofern der Wahlkreis durch einen Ort oder durch Theile eines Ortes gebildet wird, ist nur ein Vertrauensmann zu wählen“, bedarf eines Zusatzes. Es giebt Wahlkreise, die nur den Theil eines Ortes bilden, aber trotzdem sehr umfangreich und groß sind, und innerhalb deren Parteigenossen in sehr großer Zahl vorhanden sind. Ich exemplifizire nur auf Berlin VI und IV. Es wird also heißen müssen, daß da in der Regel nur ein Vertrauensmann zu wählen sei.

Daß alljährlich ein Parteitag stattzufinden habe, ist von keiner Seite angegriffen worden; daß die Einberufung des Parteitages von der Parteileitung zu erfolgen habe, ist ebenso selbstverständlich, und die Frage dreht sich nur um das Recht der Vertretung auf demselben. Da haben wir nun vorgeschlagen, daß zur Theilnahme am Parteitage berechtigt sind die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf. Diese letztere Bestimmung ist scharf angegriffen worden. Nun ist es aber selbstverständlich, daß Wahlkreise, die gar kein Parteileben haben, die bei den allgemeinen Wahlen mit 90 oder 150 für uns abgegebenen Stimmen auftreten, sich nicht durch 3 Delegirte vertreten lassen werden. Dazu fehlen ja den Genossen jener Kreise schon die Mittel. So konnte unser Vorschlag nicht verstanden werden. Es hat uns vollständig fern gelegen, wie uns vorgeworfen wurde, durch diese Bestimmung die Intelligenz der großen Städte vom Parteitag fernzubalten. Wie hat sich denn die Sache in Wirklichkeit gemacht? Nun, Berlin IV und VI und — Weimar haben je 4 Delegirte hierher geschickt, also mehr, als unser Entwurf festsetzt. Ob die Berliner Delegirten das Berliner Parteileben nicht repräsentiren, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob durch jene Einschränkung die Intelligenz innerhalb der Berliner Genossenschaft zu kurz gekommen ist; ich glaube es nicht; denn wir haben gesehen, daß die Berliner Delegirten — natürlich Werner nicht, er ist ja kein Berliner Delegirter — es sehr wohl verstanden haben, ihre Sache hier zu vertreten.

Persönlich bin ich übrigens der Ansicht, man macht in der Organisation gar keine Vorschriften darüber und überläßt es dem Tactgefühl der einzelnen Orte und Wahlkreise, wie sie sich auf dem Parteitag vertreten lassen wollen. Mit dieser meiner Ansicht bin ich aber nicht durchgedrungen. Man meint, eine gewisse Abgrenzung sei nothwendig. Man will sich nicht dazu entschließen, den kleineren Wahlkreisen dasselbe Recht, wie den größeren, zu geben. Ja, wo

H

folll uns dies Bedenken hinführen; das stellt uns ja gegenseitig auf den Kriegsfuß! Die Genossen in Gretz ältere und jüngere Linie sind zweifellos so brav und tüchtig, wie die Parteigenossen in den großen Wahlkreisen. Wir sind doch hier nicht eine Aktiengesellschaft, die zusammenkommt, um auf Geller und Pfennig zu rechnen, daß keiner zu viel kriegt, oder welche Dividende herauskommt. Hier giebt's überhaupt nichts zu theilen. Die 170 000 Mark in der Parteikasse sind wohl aufgehoben, nicht einmal die Polizei kann an sie heran (Geiterkeit). Es gilt nur das Interesse der Partei nach allen Richtungen zu wahren. Die Parteitage haben vor allem den hohen Werth, daß sie uns moralisch heben; daß die Genossen, ob sie nun in Memel oder in Konstanz oder sonstwo wohnen, frisch, froh und muthig auf demselben erscheinen, und nachdem die Parteiangelegenheiten geordnet sind, alle mit neuer Lust, mit der Ueberzeugung nach Hause gehen, daß wir Alle der Sache treu bleiben wollen bis in den Tod. (Lebhaftes Bravo!) Wie viel Vertreter da aus einem Kreise anwesend sind, ist ziemlich gleichgiltig. Die Berliner sind mit 20 Mann hier, die Hamburger mit 9. Will nun Jemand behaupten, Berlin und Hamburg sei hier nicht entsprechend vertreten? Gewiß kann man über die geeignetste Form der Vertretung verschiedener Meinungen sein; aber dessen können Sie versichert sein: der Fraktion lag nichts ferner, als den großen Städten einen Rappsaum anzulegen.

Daß den Mitgliedern des Parteivorstandes das Recht der Theilnahme am Parteitage eingeräumt werden soll, ist eigentlich mehr eine Formalität. Solange wir einen Parteivorstand haben werden, wird auch verlangt werden, daß Mitglieder desselben da sind, um Bericht zu erstatten über dessen Thätigkeit. Was weiter die Theilnahme der Reichstagsabgeordneten betrifft, so müßte das ja ein jämmerlicher Kerl von Reichstagsabgeordneter sein, der, wenn ihm daran liegt, auf den Parteitag zu kommen, sich kein Mandat anzuschaffen wüßte. Die Anwesenheit eines Abgeordneten ist aber unter Umständen sogar sehr notwendig. Laugt einer davon nichts in der Partei, dann soll er erst recht auf dem Parteitag sein, damit man ihm sagt, du bist nichts werth, du hast dein Mandat niederzulegen; ist er gar ein Verräther, so wäscht man ihm den Kopf und schmeißt ihn hinaus. Da es aber notwendig ist, daß unsere Abgeordneten nach den Parteitagen kommen, so dürfen wir sie nicht in die Lage bringen, eventuell um ein Mandat betteln zu müssen. Wir schlagen also vor, den Reichstagsabgeordneten das Recht zu geben, auf dem Parteitage anwesend zu sein, mit der Einschränkung, — die ich übrigens nicht einmal für richtig halte — über ihre parlamentarische Thätigkeit u. s. w. nur eine beratthende Stimme zu haben. Mit der Anerkennung, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten das Recht haben, auf dem Parteitag zu erscheinen, ist

H

aber — ich hebe das hervor — noch nicht ausgesprochen, daß die Partei die Verpflichtung hat, auch für die Mittel zu sorgen, daß sie auf dem Parteitag erscheinen können. Ob das ausgesprochen werden soll, lasse ich dahingestellt. Im dem Entwurf ist diese Verpflichtung nicht, und von der Versammlung ist deren Aufnahme sogar abgelehnt worden.

Nach § 10 kann ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden durch den Parteivorstand, auf Antrag der Reichstagsfraktion und auf Antrag von 15 Wahlkreisen und durch die Namensunterschriften von mindestens 10 000 Parteigenossen. Es wird allerdings außerordentlich schwierig sein, diese 10 000 Unterschriften zu kontrolliren. Im Uebrigen hat diese Bestimmung wohl auch nur einen mehr dekorativen Werth. Nach dem Entwurf soll jedes Jahr ein Parteitag stattfinden. Der Termin ist also möglichst kurz gesetzt. Die Parteibehörden haben außerdem absolut keine Exekutivgewalt, durch die sie die Genossen zu etwas zwingen könnten, was diese freiwillig zu thun, sich weigern. Auch die Fraktion wird ja doch immer aus Parteigenossen bestehen, die in Bezug auf Parteigüte, persönliche Ehrenhaftigkeit, Lüchigkeit und Mannhaftigkeit nicht unter dem Durchschnitt der Genossen stehen werden, so daß alle Garantien vorhanden sind, daß, wenn sich ein Parteitag innerhalb des Verlaufs eines Jahres nothwendig machen wird, derselbe, ohne daß das Mittel einer Abstimmung erst in Anwendung zu kommen braucht, — berufen werden wird.

Die Bestimmung, daß die Mitglieder des Parteivorstandes für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen können, und daß die Höhe derselben durch die Reichstagsfraktion festgestellt wird, hat zu vielen Aussetzungen Anlaß geboten. Die Kritik hat geradeheraus bei diesem Punkt hier und da sehr über die Schnur gehauen. Es hätten Fernersehende wirklich zu dem Glauben gelangen können, daß der Parteivorstand den Fraktionsmitgliedern Prozente vom Gehalt geben wird. Diese Art Vorwürfe sind denn doch etwas schlimmer, als einfach lächerlich. Es ist doch für die Höhe der Gehälter wirklich gleichgiltig, ob der Parteitag die Gehälter festsetzt, oder nicht; darüber redet kein anständiger Mensch. Uns hat ein praktischer Fall zu dieser Bestimmung geführt. Als wir 1875 auf dem Vereinigungskongreß den Parteivorstand erwählten, wählten wir uns auch einen vollständig besoldeten Vorsitzenden in der Person des verstorbenen Genossen Gasenclever. Es stellte sich aber in kürzester Frist heraus, daß in diesem Amt keine volle Beschäftigung für ihn da war. Gasenclever sah dies selbst ein; er widmete deshalb seine Thätigkeit der Presse, und wir haben ihn erst jetzt durch einen Vorsitzenden, der monatlich bloß 15 Thaler erhielt. Weil wir nun auch heute nicht wissen, wie in Zukunft die Thätigkeit des zukünftigen Vorstandes sein wird, so haben wir die Frage der Höhe

H

der Befolgung offen gelassen. Dem Parteitag wird ja Rechnung zu legen sein. Der Vorwurf, daß man mit in der Fraktion Lechtelmechel machen werde, um sich möglichst hohe Gehälter herauszuschlagen, ist gehässig, undelikat, und ich bedaure, daß es Genossen giebt, die solche Vorwürfe erheben. Wenn solche Schofels unter uns wären, dann wäre es schlimm. Nachdem aber einmal solche Vorwürfe erhoben sind, mögen Sie anders beschließen. Aber ich glaube, so tief sind wir wirklich nicht gesunken, wie man uns unterstellt. (Zuruf Bebel's). Nein, wir sind garnicht gesunken, wir sind ganz nette Kerls! (Große Heiterkeit.)

Die Bestimmung des § 14, daß der Parteivorstand auch die prinzipielle Haltung der Parteiorgane zu kontrolliren hat, hat zu der irrigen Annahme geführt, der Vorstand werde in einem fort in die Redaktion hineinreden. In einem gegnerischen Blatte hieß es in Bezug auf diese Bestimmung sogar „man spricht dort schon“, nämlich in der Opposition, „offen von Geschäftssozialismus, nämlich durch die Centralisirung der Presse in den Händen zuverlässiger Genossen will man diesen auf Kosten der Arbeiter eine feine, bourgeoismäßige Existenz schaffen. Die finanzielle Konkurrenz allein, welche die neuauftauchenden Arbeiterblätter ihnen machen wollen, ist ein Grund des heftigen Auftretens der Parteipäpste gegen dieselben, und man wird sich auf heftige Debatten auf dem Kongreß gefaßt machen müssen“ u. Ich will mich bei dieser Auslassung nun nicht weiter aufhalten, und verweise Sie nur auf § 18 unserer alten Organisation. Derselbe lautete:

„§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten, und sind, gleich den beiden in § 14 genannten Organen, in taktischen Parteifragen dem Vorstand unterstellt.“

Das war früher Parteigesetz! Und nun frage ich die älteren Parteigenossen, ob früher wirklich von Seite der Parteileitung irgend ein unberechtigter Einfluß auf die lokale Presse ausgeübt worden ist? Gewiß nicht! das wäre auch eine Thorheit gewesen. Es war aber nicht bloß eine Thorheit, sondern auch eine Unmöglichkeit. Wie uns Genosse Bebel in seinem Bericht mitgeteilt, existiren zur Zeit in Deutschland über 100 sozialdemokratische Blätter. Wie soll ein Parteivorstand, und mag er noch so zahlreich sein, es fertig bringen, diese gesammte Presse zu kon-

H

trolliren und event. zu zensiren? Ein Vorstand, der sich so etwas herausnimmt, würde einfach „hinausfliegen.“

Andererseits ist freilich auch festzuhalten, daß, je mehr die Partei sich ausbreitet, je größer die Zahl unserer Blätter wird, und vor allem, je mehr es nach und nach anfängt, profitabel zu werden, Blätter mit sozialdemokratischer Tendenz herauszugeben, irgend ein Organ in der Partei da sein muß, welches feststellt, ob dieses oder jenes Blatt auch wirklich befähigt und berechtigt ist, im Namen der sozialdemokratischen Partei zu schreiben und zu sprechen. (Sehr richtig!) Wollen Sie den Vorstand nicht mit dieser Aufgabe betrauen, so müssen Sie eben irgend ein anderes Organ schaffen.

Zwar sagt Werner: die Genossen am Ort werden das schon machen. Ich aber behaupte, die Genossen am Ort werden nicht verhindern können, daß derartige Organe doch erscheinen, selbst wenn erstere nicht abonniren. Solche Organe können aber der Partei schwere Verlegenheiten bereiten. Diese Blätter können und werden mit einzelnen Artikeln Unfrieden in die Partei bringen und unter dem Scheine, daß ihre Tendenz sonst ein gute ist, als enfants terribles die Partei blamiren.

Ich komme nun zur Kontrollfrage. Wenn es möglich ist, was ich augenblicklich noch bezweifle, eine Form zu finden, die uns ein Kontrollsystem, wie wir es früher gehabt haben, erlaubt, ohne dabei an den Klippen der Gesetzgebung zu scheitern, so bin ich beauftragt, im Namen meiner übrigen Fraktionsgenossen, welche den Entwurf ausarbeiteten, zu erklären, daß wir gar nicht darauf bestehen, daß die Kontrolle der Fraktion übertragen wird. Wir sind nur aus rein praktischen Erwägungen dazu gekommen, die Fraktion mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es liegt aus der Mitte der Delegirten ein Antrag vor, der nicht den Entwurf anerkennt, sondern nur eine Parteispitze ausbilden will. Wenn man überhaupt dieser Ansicht huldigt — und sie ist mir am sympathischsten — dann begreife ich nicht, wie man dem gesetzlich am meisten geschützten Faktor, nämlich der Fraktion, mit einer Art, ich will nicht sagen Mißtrauen, aber doch Bedenken, entgegnetreten konnte. Wären wir frei in Bezug auf unsere organisatorische Gestaltung, so würden wir gar nicht davon geredet haben, die Fraktion mit besonderen Befugnissen auszustatten; da wir aber nicht frei sind, so halte ich es für meine Person allerdings nicht für taktisch klug, demjenigen Organ, das hervorgegangen ist aus dem Vertrauen der Partei und in seiner Gesamtheit gewiß auch die Parteintelligenz und Lichtigkeit repräsentirt, nicht diejenigen Aufgaben zuzuweisen, die in anderen Händen vielleicht schwer zu erfüllen sind.

Also nicht die Sucht, der Fraktion die Herrschaft zu sichern, hat uns zu dem Vorschlage gebracht, sondern der Glaube, daß es dadurch möglich sein wird, die vereinsgesetzlichen Klippen zu un-

H

schiffen. Ich gebe aber gern zu, eine angenehme, eine willkommene Lösung dieser Schwierigkeit ist unser Vorschlag nicht; ich kann aber, bis etwas Besseres bekannt gemacht wird, für meine Person von demselben nicht abgehen.

Als Parteiorgan schlagen wir Ihnen vor, das „Berliner Volksblatt“, das am stärksten verbreitete, zweifellos gut redigierte und in Zukunft wo möglich noch besser redigierte Blatt der Partei zu wählen. Dieser Vorschlag bricht mit der bisherigen Tradition, ein wöchentlich nur zwei oder drei Mal erscheinendes Blatt, das ganz frei vom Charakter eines Lokalorgans ist, zum Zentralorgan zu haben. Wir haben früher als Centralorgan gehabt: im Allg. deutschen Arbeiterverein den „Neuen Sozialdemokrat“, bei den Eisenachern den „Volksstaat“ und später den „Vorwärts“.

Bei unserem Vorschlage haben uns wieder nur rein praktische Gesichtspunkte geleitet. Hätten nicht Höbel und Nobiling geschlossen und wäre der „Vorwärts“ nicht verboten worden, so wäre an uns wahrscheinlich schon 1878, sicher aber 1879 die Frage herangetreten, ob der „Vorwärts“ nicht eingeschränkt werden müsse. Denn dieses Blatt — und das ist für Viele von Ihnen gewiß neu es zu hören — war in der kurzen Zeit seiner Existenz von 12 000 bis auf 7 000 Abonnenten zurückgegangen, und diesem Zurückgehen ließ sich nicht steuern, trotz unseres ganzen Parteiapparats. Wo Lokalblätter entstanden, ging der „Vorwärts“ zurück. Dazu kam die Konkurrenz der „Berliner Freie Presse“. Man sagte sich in der Provinz, der „Vorwärts“ bringt alles 2—3 Tage später als die „Freie Presse“. Die „Freie Presse“ nahm an Abonnenten fortwährend zu, der „Vorwärts“ ging zurück. Es war thatsächlich damals bereits so weit, daß die Parteileitung, die Fraktion u. sich genötigt sahen, sehr oft mit ihren Verlassen und Befanntmachungen sich zunächst an die „Freie Presse“ zu wenden, so daß das offizielle Organ erst nachhinkte. In eine ähnliche Situation würden wir heute wieder gerathen, wenn wir ein Wochenblatt als Centralorgan ins Leben riefen. Mit einem Blatt nach Art des „Vorwärts“ würden wir also unseren Zweck nicht erreichen, sondern wahrscheinlich damit der Partei nur ein nicht unerhebliches Defizit ausladen. Die ebenfalls laut gewordene Befürchtung, daß das „Volksblatt“ der Lokalpresse Konkurrenz machen würde, ist vollständig unbegründet. Das würde im Gegentheil viel mehr bei einem neuen Wochenblatt als Centralorgan der Fall sein. Die Vertrauensmänner werden ja allerdings das „Volksblatt“ halten müssen, das macht aber der Lokalpresse keine Konkurrenz. Es ist aber auch gar kein Bedürfnis nach einem neuen Wochenblatt als Centralorgan. Wir haben bereits drei Blätter, welche ihrer ganzen Haltung und ihrem Inhalt nach nicht bloß für enge lokale und provinzielle Kreise wirken, sondern für die ganze Partei bestimmt sind: die „Arbeiterchronik“ in Mün-

H

berg, die „Volkstribüne“ in Berlin und die „Nordwacht“. Die „Berliner Volkstribüne“ wird mit großem Geschick redigirt, das kann ruhig anerkannt werden, wie ja unsere Presse im Großen Ganzen sehr gut ist, und die Proletarierpresse weit erhaben über dem gewöhnlichen Preßkaffee steht. Gewiß hat die „Volkstribüne“ schon ab und zu kleine Nebensprünge gemacht, aber das schadet nichts. Die „Nordwacht“ und die „Arbeiterchronik“ haben stets ihre Pflicht gethan und sind in ihrer Art nicht minder gut gehalten, als die „Volkstribüne“. Gründen wir nun ein Wochenblatt als Centralorgan, so werden die drei bestehenden ruiniert, oder wir haben vier Blätter, von denen keines sich deckt. Nun sind die drei bestehenden Blätter keineswegs Privatunternehmungen. Zwei von ihnen, die „Nordwacht“ und die „Arbeiterchronik“ fanden bereits bisher in Bezug auf ihre finanziellen Erträge der Partei zur Verfügung, und die „Berliner Volkstribüne“ wird sich keinen Augenblick weigern, wenn es verlangt wird, in ganz dasselbe Verhältnis zur Partei zu treten. Es ist doch nun entschieden besser, die bereits existenzfähigen Blätter in diesem Zustande zu erhalten und sie wo möglich zu Ertragsquellen für die Partei auszubilden, als ein viertes Konkurrenzorgan zu gründen, welches die bestehenden Blätter ruiniert oder gar Zuschüsse erfordert. Unsere Zeitungen werden in Zukunft wesentlich dazu dienen müssen, in pekuniärer Hinsicht das Rückgrat der Partei zu bilden. Von Beiträgen allein kann die Partei nicht mehr existiren, wir bedürfen dazu der Erträge aus der Presse. Nun haben allerdings unsere ausländischen Genossen mit großem Bedauern das Eingehen des „Sozialdemokrat“ empfunden. Auch wir bewahren dem Londoner „Sozialdemokrat“ und seiner ebenso tapferen als geschickten Wertheidigung der Parteinteressen ein sehr gutes Andenken. (Brau!) Aber er mußte eingehen, es war das ein Gebot der politischen Ehrlichkeit, und in dieser Beziehung giebt es für uns kein Wanken und kein Schwanken. Wir kämpfen immer mit offenem Biss, wenn man uns nur die Möglichkeit dazu offen läßt. Einen Ersatz für den „Sozialdemokrat“ zu schaffen, ist allerdings schwer, ja unmöglich. Ein „Sozialdemokrat“ mit dem Inhalt, wie er in London und in der Schweiz erschien, kann vorläufig in Berlin noch nicht erscheinen (Heiterkeit). Sie bedauern dies gewiß mit mir, denn man liebt gern, was man sich sonst denken muß. Die ausländischen Genossen können sich aber aus den Wochenblättern und der „Neuen Zeit“ zur Genüge über die Vorgänge in Deutschland informieren. Könnten wir also einen vollen Ersatz für den Londoner „Sozialdemokrat“ unmöglich schaffen, so glaubten wir nichts Besseres thun zu können, als das größte in Deutschland, im Centralpunkt des politischen Lebens erscheinende sozialdemokratische Tageblatt zum Centralorgan zu erwählen. Ob Sie den Titel des Blattes ändern wollen oder nicht, ist gleichgiltig.

H

Ich gebe auf Höflichkeit nichts. Dieses Blatt darf aber auch seinen lokalen Charakter nicht verlieren. Das schadet auch nichts. Wer den lokalen Theil nicht lesen will, für den bringt der politische Theil immer noch mehr, als das größte und bestredigste Wochenblatt. Soll das „Berliner Volksblatt“ überhaupt seine Aufgabe erfüllen, dann muß es das Organ besonders der Berliner Genossen bleiben. Dies zu ihrer Beruhigung. Für draußen wird es nur das Centralblatt der Partei sein, das in Berlin erscheint und in einzelnen Orten in einzelnen Exemplaren gelesen wird. In eine Massenverbreitung, wie mit dem „Neuen Sozialdemokrat“, ist natürlich bei einem wöchentlich sechs Mal erscheinenden Blatt nicht zu denken. Das ist aber auch heute nicht mehr notwendig. Unsere Lokalpresse verdient heute schon das Prädikat „gut“ und ich hoffe, daß sie in kürzester Zeit sehr gut werden wird. Deshalb können wir diese Sache ganz ruhig der Zeit und der Entwicklung überlassen. Sollte sich aber wirklich nach Verlauf eines Jahres die Nothwendigkeit eines besonderen Wochenblattes herausstellen, gut, dann schaffen wir es.

Damit bin ich mit meinen allgemeinen Ausführungen zu Ende. Was nun die geschäftliche Behandlung unseres Entwurfes betrifft, so halte ich es für das Beste, wir treten jetzt in eine Generaldiskussion ein, in der wir uns über die allgemeinen Gesichtspunkte aussprechen, und sehen dann eine Kommission von 25 Mitgliedern ein, der wir das gesammte Material, alle zu diesem Gegenstande eingegangenen Anträge und die in der Generaldiskussion zu Tage getretenen Wünsche und Anschauungen mitgeben. Wir können dann vielleicht schon übermorgen endgiltig über die Organisationsfrage entscheiden. (Stürmisches Bravo!)

Der Parteitag erklärt sich mit der vom Referenten vorge schlagenen Art der geschäftlichen Behandlung einverstanden und verlagert die Generaldiskussion auf Mittwoch 9 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 15. Oktober 1890.

Vormittags-sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr und giebt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem als Gast des Parteitages anwesenden

Genossen Wulfschleger. Basel: Werthe Genossen und Freunde! Ich wollte nicht ermangeln, Ihnen auch an dieser Stelle die Grüße Ihrer schweizerischen Gesinnungsgenossen zu überbringen. Das

Parteiomitee der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat es für notwendig erachtet, angesichts der großen Bedeutung, welche Ihre, die deutsche Partei, innerhalb der Arbeiterbewegung aller Länder einnimmt, und angesichts der Wichtigkeit Ihrer Traktanden einen Abgeordneten an Ihren Kongreß zu schicken. Ich danke Ihnen für die freundliche Aufnahme, die Sie auch mir, als auswärtigem Gaste, haben zu Theil werden lassen. Ich vertrete zwar hier ein kleines Land, und mit gemischten Gefühlen stehe ich hier vor Ihnen. Denn Sie erinnern sich, daß vor noch nicht langer Zeit einigen Ihrer besten Genossen in unserm Lande schwere Unbill widerfahren ist. Es ist allerdings unsere Partei daran nicht schuld; es trägt überhaupt daran das Schweizervolk in seiner Gesamtheit keine Schuld, sondern, wenn überhaupt Schweizern eine Schuld daran beigemessen ist, so sind es vor allem unsere Behörden gewesen. Freilich muß man auch diese von einem Theile der Schuld freisprechen; Sie wissen es, unter welchem ungeheuren Druck unser kleines Land gestanden hat. Es ist ja nur zu richtig, was Engels im Londoner „Sozialdemokrat“ über die kleinen Staaten geschrieben hat: „es ist schwierig für ein kleines Land, sich allen Anforderungen zu widersehen, die die fremde Diplomatie stellt.“ Ich kann Sie aber versichern, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Ausweitung wie damals nicht mehr beschlossen würde; ich glaube annehmen zu können, daß unsere Behörden selbst jene Vorgänge ihrerseits bedauern, wenn sie auch natürlich es nicht wagen, dies öffentlich einzugestehen.

Ich stehe aber hier mit gemischten Gefühlen auch deshalb, weil unsere Arbeiterbewegung in der Schweiz im allgemeinen und ihre sozialdemokratische im besonderen noch sehr jungen Datums ist. Während Sie in Deutschland bereits eine mächtige Partei sind, verfügen wir erst über die Anfänge einer solchen. Unsere ganze Bewegung ist noch im ersten, höchstens erst im zweiten Stadium der Entwicklung. Eine eigentliche sozialdemokratische Partei haben wir erst seit zwei Jahren, seit den bekannten Vorgängen gegen ihre damals bei uns ausgewiesenen Landsleute, und es ist diesem Gewaltstreich vornehmlich zuzuschreiben, daß die Schweizer Bürger sozialdemokratischer Richtung sich zu einer eigenen Organisation zusammengethan haben. Auch da hat sich das Sprichwort bewährt: „Kein Unglück ist so groß, es ist ein Glück dabei.“

Wir laufen in der Schweiz innerhalb unserer Richtung hauptsächlich zwei Gefahren. Entweder wir tragen dem nüchternen Charakter des Schweizervolks allzusehr Rechnung, nehmen Umgang von theoretischer Propaganda und betheiligen uns bloß an den jeweiligen Fragen der Tagespolitik: auf diese Weise wird es uns allerdings gelingen, da und dort Erfolge zu erzielen und unserer

Partei, äußerlich wenigstens, eine gewisse Bedeutung zu sichern; aber wir würden dabei Gefahr laufen, in einen Kleinbürgerlichen Possibilismus auszuarten, der dann schließlich von den Grundprinzipien der Sozialdemokratie nichts mehr wissen will. Die andere Gefahr ist, daß wir unserem nüchternen Volkscharakter zu wenig oder gar nicht Rechnung tragen, daß wir uns vorzugsweise oder ausschließlich mit theoretischer Propaganda befassen; dann werden wir vielleicht ein kleines Häuflein von Gesinnungsgegnossen um uns schaaren, aber auf die Masse des Volks keinen Einfluß haben. Da gilt es, die richtige Mitte zu treffen, beides richtig zu verbinden. — Für uns in der Schweiz ist es eine gegebene Sache, uns am politischen Leben zu betheiligen, darüber können bei uns eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten entstehen. Ein Gegner der Betheiligung am praktischen politischen Leben ist für uns einfach ein Anarchist. Die ganze politische Entwicklung des Landes, seine politische demokratischen Institutionen bringen es mit sich, daß alle Parteischattungen sich am praktischen politischen Leben zu betheiligen haben, und diese Betheiligung mit der Propaganda für die sozialdemokratischen Ideen richtig zu vereinen, das ist unsere Aufgabe. In dieser Richtung haben wir uns in neuester Zeit sehr betätigt und gedenken das in der Folge noch sehr viel umfangreicher zu thun. Insbesondere kann ich Ihnen mittheilen, daß wir in nächster Zeit bei den Wahlen zur schweizerischen Volksvertretung, zum Nationalrath, in verschiedenen Wahlkreisen, wo unsere Genossen in größerer Zahl vorhanden sind, als eigene sozialdemokratische Partei vorzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen gedenken. (Beifall.) Wenn wir auch vor der Hand damit noch keinen großen Erfolg erzielen werden, so ist doch ein Anfang zu selbstständigem politischem Vorgehen geschehen, und die Anfänge sind am Ende die Hauptsache, aus ihnen wird sich dann das Weitere von selbst ergeben.

Wenn auch da und dort in Ihrem Lande die Anschauung verbreitet ist, unsere Entwicklung sei eine zu konservative, so bitte ich Sie doch zu bedenken, daß nur der Schein, die äußere Form, diesen Glauben erwecken kann. Wir Deutschschweizer sind ja ungeheuer nüchtern und unsere ungeschliffenen Manieren lassen noch durchblicken, daß wir dem Wesen nach immer noch mehr ein Volk von Bauern sind. Mein nichtsdestoweniger ist die radikale Gesinnung auch unter uns verbreitet und die Verhältnisse sorgen ja reichlich dafür, daß der Radikalismus in unserem Sinne auch im Schweizervolk von Tag zu Tag mehr um sich greift. Die wirtschaftliche Entwicklung hat auch in der Schweiz in den letzten Jahren den Gang genommen, wie anderswo, daß die Kleinbetriebe nach und nach absorbiert werden. Diese Entwicklung wird manchem Blinden die Augen öffnen und ihn in die Reihen der Sozialdemokratie überführen. Die Parole der schweizerischen Sozialdemokraten ist die-

H

jenige der Sozialdemokraten aller Länder: Nieder mit der Lohn-
 -Sklaverei! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Singer theilt mit, daß zu den ausländischen Gästen noch hinzugekommen ist der Präsident des Grüttlivereins der Schweiz, Fürsprecher Scherrer, den diejenigen Delegirten, welche den Parteitag in St. Gallen mitgemacht haben, persönlich kennen gelernt und denn sie das beste Andenken bewahrt haben. (Beifall.)

Eine weitere Reihe von Telegrammen und Zuschriften ist eingelaufen. Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, eine Liste aller dieser Schriftstücke dem Protokoll einzuverleiben. Das Bureau wird diesem Wunsche nachkommen.

Das Resultat der Wahl zur Neuner-Kommission ist festgestellt und wird verkündet. Abgegeben sind 372 Stimmzettel, davon sind 17 ungiltig, weil sie mehr Namen enthalten, als Personen zu wählen waren; es haben erhalten: Klop-Stuttgart 181, Pfannkuch-Kaffel 180, Müller-Darmstadt 171, Raden-Dresden 147, Reifhaus-Gesfurt 135, Geck-Dffenburg 119, Grimpe-Elberfeld 106, Meist-Köln 103, Ewald-Brandenburg 90 Stimmen.

Die übrigen zerplitterten Stimmen, die dem Ermittlungsprotokoll angehängt sind, kommen nicht zur Verlesung. Die Kommission wird vom Vorsitzenden ersucht, sich zu konstituiren; das bezügliche Material wird ihr sofort zugehen.

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein: Generaldiskussion des Organisationsentwurfs.

Vollmar: Parteigenossen! In dem ausführlichen Vortrag Auer's von gestern sind manche Punkte enthalten gewesen, mit denen ich mich einverstanden erklären kann, nicht wenige aber auch, mit denen ich nicht einverstanden bin. Insbesondere muß ich beanstanden, daß Genosse Auer sich nicht dazu hat entschließen können, die Sache absolut ruhig und kühl sachlich zu behandeln, sondern daß er dem polemischen Ton, der leider zu lange während des Sommers in der Partei geherrscht hat, auch hier noch einen Nachklang gegeben hat. Sie haben während der vergangenen Tage hinreichend Ihre Ansicht über Gedanken und Kampfweise der sogenannten Opposition ausgesprochen. Ich bin gewiß der allererste, der eine Kampfweise der Opposition, die Gehässigkeit in die Sache trägt, verurtheilt; andererseits aber müssen wir vollkommen gerecht sein und zugeben, daß auch von der andern Seite dieser polemische Ton die Sache nicht wenig zugefrisst hat. Wir sind doch nicht hier, um uns Schmeicheleien zu sagen, auch nicht dazu, Leichenreden zu halten; aber wenn wir irgendwo einen Fehler, eine Unart entdecken, sollen wir doch an uns selbst Kritik üben und zusehen, wie es besser zu machen ist. Ein Erfurter Genosse hat am ersten Tage ein sehr wahres Wort gesprochen; er meinte, daß wir noch nicht genügend aus dem Ausnahmezustand herausgekommen sind, uns noch nicht

9* H

genug an die frühere öffentliche Kritik und Diskussion gewöhnt haben. Das beruht durchaus auf Gegenseitigkeit, und ich möchte erfragen, von nun an diesen polemischen Ton, der auf alle Fälle nur verlegend wirken kann, fahren zu lassen und rein sachlich zu verhandeln. Daß das von Auer nicht geschehen ist, haben Diejenigen, die die Verhältnisse etwas näher kennen, schon gestern gehört. Auer hat meinen Namen nicht genannt; aber Jeder, der Augen und Ohren hat, wußte, wer gemeint war; diese mehreren, welche nicht in der Fraktion anwesend waren, bin ich. Die Sache ist ja vollkommen richtig. Wer die Blätter liest, weiß, daß ich auf Grund eines Besuchs aus Gesundheitsrücksichten beurlaubt worden bin, nachdem ich einen Theil der Reichstags-Sitzungen mitgemacht hatte. Was ich, wenn ich weiter geblieben wäre, gesagt haben würde, kann ich nicht wissen ist jetzt auch gleichgiltig; jedenfalls behielt ich der Partei gegenüber das volle Recht der Kritik. Nun heißt es, jeder hat das Recht der Kritik; aber wenn man es anwenden will, liegt die Sache anders. Somit würde ich mir das Urtheil über die von mir veröffentlichten Artikel nicht erklären können. Kein Mensch soll sein eigener Lobredner sein; aber ich fordere die Leser jener Artikel auf, Zeugniß darüber abzulegen, ob eine ruhigere, sachlichere, rücksichtsvollere, höflichere Art der Kritik möglich ist, als die meine. Wenn nun eine solche Kritik geübt wird, soll man in einer Partei wie der unsrigen froh sein, daß sie so geübt wird, denn jedes kritisirende Wort kann nur zur Aufklärung beitragen; aber man soll sich nicht formell dahinter verschanzten, daß es besser gewesen wäre, die Kritik zu unterlassen. Ich bin nur gezwungen und herausgefordert worden; ich wollte schon früher hier das Wort ergreifen, habe aber angesichts der friedlichen, guten Stimmung darauf verzichtet, und habe auch meine wenigen Bemerkungen nur gemacht, weil ich herausgefordert war.

Nun zu dem Entwurf selbst. Wenn etwas meine ursprüngliche Meinung, daß er nicht auf richtigen Grundsätzen aufgebaut ist, verstärkt hat, so ist es der gestrige Vortrag Auer's. Er sagte uns geradezu, wir haben unausgesetzt in dem Gedanken gearbeitet, daß die Arbeit doch für nichts ist. Wenn ich die deutschen Polizeiverhältnisse mir ansehe, glaube ich das auch; es ist traurig, aber es ist so. Sie können die Organisation beschließen, wie Sie wollen, wir in Bayern werden sie nicht ausführen, weil wir es nicht können. Der ganze Absatz von den Vertrauensmännern ist in Bayern, nach oberster gerichtlicher Auslegung, hinfällig; es ist schon eine ganze Anzahl Genossen daraufhin zu drei, vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden wegen Scheimbündelei. Dadurch fällt schon diese Art der Organisation für einen nicht kleinen Theil des deutschen Reiches hinweg; in Preußen, sagt man mir, wird ganz ähnlich verfahren. Ob es dann noch der Mühe werth ist,

H

solche wesentliche Bestimmungen für Thüringen, Baden, die freien Städte aufrechtzuerhalten, das überlasse ich gänzlich dem Parteitag. Mit Recht hat Auer gestern den 1877er Beschluß angezogen, in dem es heißt, wir bedürfen einer formellen Organisation im früheren Sinne nicht; die Verbindung wird den Genossen in den einzelnen Städten und Ländern, je nach den Verhältnissen, überlassen. Wenn wir damals mit Recht erklären konnten, daß dieser ideale, nicht formelle Zusammenhang vollkommen aufrecht erhalten worden ist, so sehe ich garnicht ein, weshalb wir heute andere Grundsätze acceptiren wollen. Noch eins. Die heutige Partei ist etwas himmelweit Verschiedenes von der Partei vor zwölf Jahren. Damals war sie klein, jetzt ist sie die größte. Je größer die Partei wird, desto unmöglicher wird es, eine irgendetwie an Vereinskreisen erinnernde Organisation zu schaffen und aufrecht zu erhalten, desto mehr muß sie ähnlich gemacht werden der anderer großen Parteien. Mit einem Worte: nicht nur aus geschlichen, sondern auch aus praktischen Gründen sollten wir alles, was irgend an eine vereinsähnliche Organisation erinnert, nach Möglichkeit von uns thun und immer daran denken, daß wir nicht einen Verein, sondern eine gewaltige politische Partei organisiren sollen. Jedem einzelnen Ort ist die Organisation selbst zu überlassen und als gemeinsames Band giebt es, außer der Fraktion, nur drei Dinge: Parteivorstand, Kontrollauschuß und Centralorgan. Das ist völlig genügend.

Damit komme ich auf den Kontrollauschuß, den ich auch schon in meinen Veröffentlichungen hauptsächlich besprochen habe. Ich brauche wohl nicht dagegen zu sprechen, daß der Fraktion Herrschaftsgelüste untergeschoben werden. Soweit ich es verfolgt habe, sind sie ihr auch nicht untergeschoben worden, sondern es ist gesagt worden, daß eine derartige Organisation dazu benutzt werden könnte. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Ich bin im Gegentheil sicher, daß die Fraktionsmitglieder herzensfroh sind, daß man ihnen nicht mehr aufladet; trifft man aber derartige Bestimmungen, so müssen sie dem Charakter der Partei entsprechen und dürfen nicht gemißbraucht werden können von Leuten, die wir noch gar nicht kennen. Der Vorschlag, daß die Fraktion die Kontrolle über den Parteivorstand ausüben soll, ist nach meiner aufrichtigen Meinung unannehmbar, deswegen, weil er Fraktion wie Parteivorstand in die denkbar schiefste Lage bringt. Nach dem Entwurf soll die Fraktion die Schälder der Vorstandsmitglieder festsehen, sie hat das Recht, die Kasse und die Geschäftsführung zu untersuchen, sogar das Recht, Vorstandsmitglieder abzusetzen; der Vorstand dagegen soll die Kontrolle über die prinzipielle Richtung der Parteiblätter haben. Nun sind bekanntlich die meisten Fraktionsmitglieder entweder direkte Leiter und Redakteure von Parteiblättern, oder stehen als Reporter u. dgl. mit ihnen in Verbindung. Ich verweise lediglich auf Berlin.

H

Nach dem Entwurf ist nun der Vorstand berechtigt und verpflichtet, die Fraktionsgenossen in ihrer Eigenschaft als Redakteure oder Herausgeber auf ihre Haltung zu kontrollieren, hat aber nicht das Recht, sie abzusetzen, wohl aber kann die Fraktion die Kontrollleure absetzen. Da vermag ich mich nicht herauszufinden; ich würde unter keiner Bedingung solche Kontrolle annehmen, weil die Lage unbedingt eine schiefe ist, weil Mißbilligkeiten zwischen beiden dazu führen können, daß die betr. Vorstandsmitglieder sich als unterdrückt ansehen. Der Parteitag hat das endgiltige Urtheil; aber der „Himmel ist hoch und der Zar ist weit“. Er tritt einmal im Jahre zusammen; da häuft sich so viel Stoff, daß, wenn nicht gerade die Streitfrage der Zeit nach unmittelbar vor den Kongreß fällt, neuere Dinge die alten Streitigkeiten vollständig zudecken und der Kongreß davon gar nichts mehr hören mag. Auch in dieser Beziehung bin ich für die frühere Einrichtung. Auer sagt, der Kontrollausschuß könne gemäßregelt werden. Ja, vor dem Sozialistengesetz und als Zessendorff schon da war und uns verfolgte, hat drei Jahre lang ein Kontrollausschuß bestanden, ohne behelligt zu werden. Möglich, daß das jetzt anders werden kann, aber wir müssen es versuchen, und Mittel und Wege werden sich finden, diesen Ausschuß von solchen Maßregelungen ziemlich unabhängig zu stellen. Zäufsch ich mich, dann müssen wir auf andere Einrichtungen sinnen; die vorgeschlagene ist im Interesse der Partei und der Fraktion unannehmbar. Gegen die Kontrolle der Parteiorgane, so wie sie im Entwurf steht, habe ich nichts einzuwenden. Zweifellos muß, wenn ein Blatt nicht auf dem prinzipiellen Boden der Partei steht, irgend eine Stelle zu der Erklärung besugt sein, daß das Blatt nicht zu uns gehört. Aber im Gegensatz zu Auer meine ich, für diese Kontrolle reichen die Parteigenossen des Ortes vollkommen aus. Wir sollen es nicht verhindern können, meinte Auer, daß ein solches Blatt trotzdem weiter bestehe. So liegen die Dinge nicht. Die Genossen jedes wohlorganisirten Parteiortes können ein solches Blatt ohne weiteres todt machen, dazu genügt eine einzige Versammlung, in der man die Thatfachen erzählt und vor dem Blatte warnt. Bleibt die Bestimmung bestehen, so werde ich sie nicht groß bekämpfen, aber Auer's Aeußerungen haben mich doch bedenklich gemacht. Er meinte, es handle sich darum, daß Blätter, die an sich gut sein können, auf unserm Programm stehen, aber hintenherum eine abweichende Ansicht vertreten, Feindseligkeiten hereintragen, desavouirt werden sollen. Hier hat's ein Ende; wenn solche Auslegung gelten soll, dann haben wir keine freie Presse mehr. Ueber die Abweichung von der prinzipiellen Haltung ist leicht zu entscheiden; aber wer entscheidet darüber, ob ein sonst im allgemeinen ausgezeichnet gehaltenes sozialdemokratisches Blatt vielleicht einmal bei einer Frage der auswärtigen Politik oder dergleichen sich verfehlt und den An-

H

schein erweckt, als ob es Unfrieden stiftet? Das alles ist dem Parteivorstand in die Hände gegeben, und ich möchte mich in solche Hände nicht geben.

Ein offizielles Parteiorgan wünsche auch ich. Für eine Partei wie die unsrige, welche jeden Tag im politischen Leben zu Kämpfen hat, muß tagtäglich ein Centralorgan am Sitze der Macht in Berlin selbst, wohl bedient von leitenden Persönlichkeiten, seine Stimme ertönen lassen können; ohne ein solches können wir nicht auskommen. Dafür soll aber auch die übrige Presse vollkommen frei sein. Gewiß hat keiner der Genossen sie unterdrücken wollen, aber wir müssen unsere Bestimmungen so treffen, daß nicht in Zukunft eine andere Auslegung möglich wird.

Was die Besichtigung des Parteitages anbetrifft, so bin ich mit Auer gegen jede Beschränkung der Delegation. Wir haben früher damit die besten Erfahrungen gemacht; wir sind doch alle miteinander Sozialdemokraten. Soll aber eine Beschränkung eintreten, so bin ich gegen die mechanische Feststellung von drei Mann, sondern würde ein Proportionalssystem vorziehen.

Alles übrige läßt sich auf diese drei Hauptpunkte zurückleiten. Ich beantrage, die ganze Stelle, welche von der Kontrolle des Parteivorstandes durch die Fraktion handelt, zu beseitigen und dafür, wie früher, einen Kontrollausschuß zu setzen, so zwar, daß der Kongreß einen Ort bestimmt, dessen Parteimitglieder die Kontrollkommission wählen. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen. (Beifall.)

Werner-Zeltow: Ich freue mich, daß endlich einmal einer der Parteigenossen erklärt hat, es möge hier streng sachlich vorgegangen werden. Wenn Jemand eine irrige Ansicht gehabt hat, soll man ihn sachlich zu belehren versuchen. Ich habe mir noch nicht angemacht, für die gesammten Berliner hier zu sprechen; ich bin Delegirter von Zeltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg und spreche meine eigene Meinung aus. Das System, welches hier Platz zu greifen schien, war nicht sehr schön. Ich bin einer derjenigen, welche auch in Opposition gestanden haben gegen die Auffassung der Organisation im Entwurf. Ich habe an den verschiedensten Orten auch darüber referirt und muß hier gleich erklären, daß man mir niemals nachsagen konnte, daß ich ihn nicht vollständig objektiv behandelt habe. Die mir bezüglich Magdeburgs gemachten Unterstellungen sind nicht wahr. Ich theile die Meinung Bollmars hinsichtlich der Kontrolle durch die Fraktion vollständig; ich meine auch, daß unsere Abgeordneten gerade an der Parteipresse beschäftigt sind, und weil ich annehme, daß die Reichstagsfraktion eine Körperschaft ist, die in der Auffassung der Dinge schließlich eine einheitliche Meinung hat, wonach die ganze Presse in Deutschland von diesem Gesichtspunkte aus bearbeitet wird, und daß in Folge dessen, wenn Jemand, wie es uns in Berlin gegangen ist,

H

wenn wir in dem Organ eine Aufnahme in Anspruch nahmen, uns unsere Entgegnung, die dem Blatte nicht lieb war, einfach abgeschnitten wurde, oder man frug erst in Dresden an, ob auch diese oder jene Notiz wirklich ins „Volksblatt“ hinein soll. Parteigenossen! Darum sage ich, kann die Fraktion nicht als Kontrollkommission fungieren, nicht weil ich ihr unterschieben will, daß ich irgend welche Unehrlichkeit der Fraktion zutraue, oder behaupten will, sondern weil ich sage: die Wähler zum Reichstage wählen doch nicht die Fraktionsgenossen, daß sie die Parteileitung in die Hand nehmen sollen, sondern die Fraktion untersteht der Kontrolle der Parteigenossen, sie soll agitatorisch thätig sein. Wenn nun die Parteigenossen an irgend einem Orte etwas gegen die Fraktion haben, wenden sie sich an den Vorstand, und der Vorstand giebt diesem Drucke nach und die Fraktion, als Kontrollkommission, sitzt oben als oberste Richterin wie in Paris auf dem Eiffelturm, in der Glashütte, und überschaut so den ganzen Bau, dann kann die Fraktion, wenn sie angeklagt ist, nicht als Richter über sich fungieren. Darum habe ich mich, auch aus praktischen Gründen, zuerst dagegen gewendet. Der Auer'schen Erklärung, daß das Vereinsgesetz eine öffentliche Kontrollkommission zu wählen verbietet, sieht § 8 des Vereinsgesetzes entgegen; ja, ich glaube, daß die Fraktion als Kontrollkommission, wenn letztere als politischer Verein betrachtet wird, in der Zeit der Unterbrechung der Sitzungen ganz ebenso antastbar und unter Anklage zu stellen ist, wie mit einander in Verbindung tretende politische Vereine. Darum habe ich — ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß ich jeder Regierung Vertrauen schenke — mit einem Theil der Berliner Genossen den Antrag eingebracht, daß der Parteitag einen Vorstand von 20, 18, 16 — die Zahl ist ja egal — wählt; diese wählen unter sich eine Körperschaft zur Führung der Geschäfte, und die andern sollen die Kontroll-Kommission und Beschwerdebefähigung bilden. Dadurch glauben wir, ist das Inverbindungtreten zweier politischer Vereine völlig illusorisch gemacht. Schon Vollmar hat gesagt, es sei fraglich, ob der Aufbau der Organisation im Entwurf nicht mit den Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes kollidire. Ich frage, ist es möglich, daß man an jedem Ort, wenn ein Wahlkreis aus mehreren Orten besteht, den Vertrauensmann, der die Beiträge der zahlenden Parteigenossen annimmt und abliefern, mit diesen Genossen als politischen Verein konstruiert? Sollte nicht ein Staatsanwalt dies als einen Verein am Orte betrachten können, der durch den Vertrauensmann mit dem Vorstand in Verbindung tritt? Ich bin nicht Rechtsgelehrter genug, das zu entscheiden. Und wie, wenn nach Vollmar's Vorschlag die Genossen sich an jedem Orte selbst organisiren und um an den Parteivorstand die Gelder abzuliefern, einfach in Versammlungen beschließen, zu dem und jenem Zweck bewilligen wir diese Summe, sie gewisser-

H

maßen schenken? Wie gesagt, ich überlasse das den Rechtsgelehrten. — In dem wichtigsten Punkt, dem des Centralorgans, kann ich mit Vollmar nicht einverstanden sein. Für das (für einige Berliner Genossen leidige) „Volksblatt“ wäre besser eine Korrespondenz, auf hektographischem Wege hergestellt, alle offiziellen Bekanntmachungen und Mittheilungen an die Redaktionen der Provinzpreise enthaltend, je nach Bedürfnis verfaßt; die lokalen Redaktionen müßten zur Erhaltung dieser Korrespondenz einen Abonnementsbeitrag leisten, und dadurch wären auch diejenigen Sozialdemokraten, welche nicht in der Lage sind, das Centralorgan halten zu können, in ihrem Organ über die Absichten der Parteileitung vollständig informiert. Denn was jedem Orte recht ist, ein Lokalblatt zu besitzen, das ist doch den Berliner Parteigenossen wahrhaftig billig. Sie haben es verstanden, den Abonnementstand des „Volksblatt“ in 3 Wochen von 12 000 auf 30 000 zu bringen, allerdings mit den Mitteln des Boykotts. Sie müssen doch diesen Berlinern Rechnung tragen. Wenn das „Volksblatt“ Centralorgan wird, werden einige Streitigkeiten vorhanden sein, weil wir dort eine entwickelte Gewerkschaftsorganisation haben und jede Gewerkschaft das Blatt auch gleichzeitig als Agitationsorgan für ihren Beruf benutzen will, und da sollen nun die ellenlangen Berichte ins Centralorgan kommen? Die kommen dann zu spät oder werden hinter wichtigeren Dingen zurückgestellt; und die Gewerkschaftsführer werden dann sagen: Da seht ihr für unsere Agitation wird gar nichts gethan. Dadurch wird ein Unwille in die Gewerkschaften getragen, wie er jetzt schon thatsächlich existirt. Das „Berliner Volksblatt“ ist ein sehr wunder Punkt in der Berliner Bewegung; die Mehrzahl der Berliner Genossen verlangt da einen Einblick in die Verhältnisse des Blattes. Die Gewerkschaftsbewegung darf darunter nicht leiden, darum soll man das Blatt den Berlinern nicht nehmen, sondern ein neues Centralorgan gründen, wenn durchaus eins sein soll. Macht man das „Volksblatt“ dazu, so wird das dauernde Zermürfnis erzeugen und das Blatt ein ewiger Zantapfel der Berliner Sozialdemokraten sein. Auch bezüglich der Festsetzung der Gehälter theile ich Vollmar's Ansicht. Ich bitte Sie, unbedingt den Parteivorstand so zu wählen, wie wir es vorschlagen.

Müller-Scheuditz: Redner meint, daß die geübte Kritik, wenn sie auch zum Theil als schon nicht mehr anständig bezeichnet werden mußte, doch soviel erbe, daß der Entwurf Mängel hat, die zu beseitigen sind. Es müssen vor allem Formen gefunden werden, welche uns vor der Gefahr behüten, mit dem Vereinsgesetz in Konflikt zu kommen. Die Zugehörigkeit zur Partei soll man nicht an einen bestimmten, laufenden Betrag binden; das kann von unseren ländlichen Bezirken, bei der Natur ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht verlangt werden. Man soll nicht zu strikte Vor-

H

schriften aufnehmen, oder doch wenigstens Milderungsgründe zulaufen, wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit, die von der Zahlung zu entbinden hätten. Mit der Vertretung auf dem Parteitag nach dem Entwurf ist Redner einverstanden. Agitatorisch ist gerade möglichst starke Vertretung der Kreise mit wenigen Parteigenossen erforderlich, da diese auf dem Parteitag lernen und die erworbenen Kenntniß in ihre Kreise tragen und sie dort verwerten sollen.

Regner-Berlin 1: Ich schließe mich dem Wunsche Vollmar's an, daß die Diskussion möglichst leidenschaftslos geführt und jede verletzende Aeußerung bei Seite gelassen werden möchte, meine aber, daß dieser Wunsch von Allen beachtet werden sollte und bebaure, daß der nachfolgende Redner es sofort hat über sich gewinnen können, die Redewendung zu gebrauchen: er stehe nicht auf dem Standpunkte, daß er jeder Regierung Vertrauen schenke. Das ist eine Anknüpfung an Dinge, die gestern erörtert und völlig klargestellt worden sind; sie heute wieder hereinzuziehen, kann nur in der Absicht geschehen sein, sich der verletzenden Ausdrücke nicht begeben zu wollen. (Sehr richtig!) — Nun hören wir von Auer wie von Vollmar, daß wir möglicherweise verfolgt werden, welcher Art auch die Organisation sei, die wir uns geben; daß wir vor Anfechtungen in keinem Falle ganz sicher sind. Andererseits steht fest, daß wir, trotzdem uns jede Möglichkeit der Organisation fehlte, uns nicht nur zusammengefunden, sondern auch zusammengehalten und verhärtet haben. Sollen wir nun, um uns vor jeder Anfechtung zu bewahren, jede Organisation bei Seite lassen, oder sollen wir uns, nachdem wir dem Anschein nach wieder unter das gemeine Recht gestellt sind, dementsprechend in irgend einer Weise organisiren? Da meine ich, daß die ganz überwiegende Ansicht auf letzteres gehet. Auf die Form müssen wir freilich näher, bis ins Einzelne, eingehen, denn gerade diese Frage ist es nothwendig, streng sachlich zu erörtern. Es ist vorgeschlagen worden, der Partei vom Parteitag einen Vorstand von 20 Personen geben zu lassen, um allen Widerwärtigkeiten zu entgegen. Thun wir etwas in dieser Richtung — nun, die Lessendorff's sind noch nicht alle geworden; sie werden im Auslegen erfinderisch sein und auch in der allerharmlosesten Form etwas finden, was sie anfechten können. Ich meine deshalb, wir müssen den Entwurf, wie er vorliegt, unter allen Umständen als Grundlage in Betracht ziehen. Von den Einzelfragen ist die: ob dauernder Beitrag oder nicht, auch in Berlin vielfach behandelt worden, man ist aber darüber nicht zur Klarheit gekommen, weil sich Theorie und Praxis, Wünsche und Erfahrungen gegenüberstehen, so daß die Kommission, für deren Einsetzung ich ganz entschieden bin, mit den Erfahrungen, die auf diesem Gebiete bereits gemacht worden sind, ganz besonders zu rechnen haben wird. Ich bin fest überzeugt, wenn allseitig der gute Wille vorhanden ist, uns ein Band zu geben,

H

das möglichst den Wünschen Aller entspricht, dann ist auch der scheinbare Widerspruch gelöst, der in den Ausführungen Auer's gefunden wurde, daß wir uns eine Organisation erwehren müssen und daß wir doch wahrscheinlich vergeblich arbeiten. Ich empfehle die Wahl einer Kommission von ganz besonders erfahrenen Männern aus möglichst allen deutschen Staaten.

Theiß-Hamburg ersucht zur Geschäftsordnung, die nachfolgenden Redner möchten nicht auf provokatorische Aeußerungen des Vorredners derart, wie oben geschehen, eingehen. Man könne doch Werner's Art und solle nicht auf seine Versuche, Jedem ein auszuweichen, immer wieder anbeißen. Das Beste sei, ihn gar nicht zu beachten.

Vorsitzender Singer: Ich bin nicht im Stande, einem Redner, wenn er sonst sachlich ist, aus solchem Grunde das Wort zu entziehen.

Reßler-Bernburg: Ich schließe mich ebenfalls der Mahnung Vollmar's durchaus an und werde mich freuen, wenn die Diskussion ferner sachlich geführt wird. Ich werde den Frieden nicht brechen, aber: wie man in den Wald hineinschreit, schallt es auch wieder heraus. Ich möchte das preussische Vereinsrecht etwas näher beleuchten. Liebe Genossen! Dieses preussische Recht gilt für den größten deutschen Staat, und wenn es auch höchst reaktionär ist, so bietet es doch den großen Vortheil, daß dem polizeilichen Einschreiten ein richterlicher Spruch folgen muß. Wenn Lessendorff gesagt hat, er würde alle Vereine vernichten, wir könnten uns nicht organisiren, so haben wir den Kampf aufgenommen und gezeigt, daß es dennoch Formen giebt, in welchen man sich in Preußen organisiren kann, die für Staatsanwalt und Polizei völlig unangreifbar sind. Diese Formen sind aber in dem Entwurf nicht dargestellt; der Entwurf bietet vielmehr dem Vereinsgesetz die allergrößte Angriffsfläche dar. Ich habe mich darüber genunbert, da ich aus Auer's Worten vernahm, daß man mit einem solchen Entwurf schon früher ein sehr schlechtes Geschäft gemacht habe. Man hat aber in dem neuen Entwurf die Angriffsfläche des vorigen noch vergrößert. Ein Vergleich des § 1 des Gothaer und des jetzigen Entwurfs zeigt, daß im letzteren der Begriff eines Vereins noch viel deutlicher und bestimmter zum Ausdruck kommt. Mit Interesse habe ich von dem Beschlusse gehört, den der Kongreß von 1877 gefaßt hat, der darin gipfelte, überhaupt keine Organisation zu schaffen; ich bin fest überzeugt, wenn unsere diesmalige Kommission sachgemäß und ernst verfährt, wird sie auch zu keinem anderen Resultat kommen, denn die Verhältnisse sind ganz dieselben wie früher, wir stehen unter denselben Gesetzen und der gleichen Handhabung dieser Gesetze wie früher. Will man in Preußen eine Organisation gründen, dann muß man von vornherein wählen, ob eine politische oder eine unpolitische; eine gemischte Form giebt es

H

nicht. Wählt man die unpolitische Form, so verzichtet man von vornherein darauf, politische Angelegenheiten in Versammlungen zu verhandeln; nimmt man die politische Form, dann kann man zwar verhandeln, was man will, aber was wie ein Verein aussieht oder durch Richterpruch dafür erklärt ist, darf unter keinen Umständen mit einem andern Verein in Verbindung treten. Wenn Werner meint, die Vereine könnten Gelder sammeln und an eine Centralstelle abliefern, so ist das ganz unmöglich; es würde sofort eine neue Vereinsbildung konstatirt werden und die Auflösung müßte erfolgen. Denn politische Vereine dürfen absolut nicht zu gemeinsamen Zwecken, auch nicht einmal zu einer Fahnenweihe, in Verbindung treten. Nach dem Reichsgerichts-Erkenntniß vom 2. November 1888 in dem großen Maurerprozeß ist die Kommission, die von einer größeren Versammlung gewählt ist, wenn diese letztere sich auflöst und die Kommission übrig bleibt, ein Verein; ein Vorstand, den wir einsehen, wäre eine solche Kommission, und man könnte nur fragen: Sind schon zwei eine Mehrheit oder erst drei? Wählen wir noch eine Kontrollkommission, heiße sie wie sie will, so ist das wieder ein Verein, treten beide in Verbindung, dann klappt die Falle zu; beide werden aufgelöst und sind dem Gesetz verfallen. So bleibt denn nur der Vorschlag des Berliner Entwurfs, mit dem ich sonst nicht einverstanden bin: eine größere Kommission zur Führung der Verwaltung, welche aus sich heraus einen Vorstand für die Kommission wählt, der zugleich Parteivorstand ist. Es sind also sehr große Schwierigkeiten zu überwinden; in dieser Form geht es aber, wenn von allen Seiten Flug und unvorsichtig verfahren wird. Ich bedauere, daß man die Sache immer von dem Gesichtspunkte betrachtet: wir würden in jedem Falle angefochten werden; gewiß, aber wir sollten diesem Pessimismus nicht Raum geben. In Sachsen und Bayern wird es so nicht durchzuführen sein, für Preußen aber läßt sich diese Form verwirklichen. — Im Einzelnen kann ich nur unterschreiben, was Vollmar gesagt hat. In die Fraktion setze ich kein Mißtrauen; wir können weder an der persönlichen Haltung der Einzelnen, noch an der prinzipiellen Haltung der Gesamtheit etwas auslesen. Volle Pressefreiheit wünsche und vertrete auch ich. Die Kontrolle muß sich selbstredend auf alle von der Partei begründeten und verwalteten Blätter beziehen; die Auslegung Luers aber, wonach sogar ein einzelner Artikel schon zum Einschreiten Veranlassung gäbe, führt zur Aufhebung jeder Pressefreiheit. Das wäre eine Präventivzensur, und — vestigia terrent! Wie gegen die Dresdener und Magdeburger Zeitungen verfahren ist, das hat mich abgesehreckt. Ich bitte Sie, die Pressefreiheit zu sichern.

Stolle-Gesau: Als wir in der Fraktion den Entwurf betrachteten, waren wir alle fest davon überzeugt, daß wir, wie er auch

H

ausfalle, nicht unangefochten bleiben würden. Es ist ja auch nur natürlich, daß die Parteigenossen von überall her aus dem großen, weiten Reich ihre besonderen Ansichten zur Geltung zu bringen versuchen würden. Doch sind immerhin nicht viele prinzipielle Aenderungen vorgeschlagen worden; die meisten der zahlreichen Anträge sind formeller Natur. Ueber die prinzipiellen haben die meisten sächsischen Delegirten sich in einer Vorbesprechung geeinigt und werden in deren Namen nur zwei Redner, Kadon und ich, sprechen. Für uns in Sachsen, dem kassischen Staat der Polizeigesetze, der kassischen Polizeivillkür, ist die Gestaltung der Organisation von der allergrößten Wichtigkeit, namentlich ist dies die Frage, wer in Zukunft öffentlich der Partei als Genosse angehören darf. In Sachsen besteht das Vereinsgesetz von 1849, welches nach der Niederwerfung der Revolution gemacht wurde und eigentlich ein Ausnahme-gesetz in Permanenz ist. Wir stehen da viel schlechter als unter dem Sozialistengesetz. In dem kurzen Zeitraum seit dem Verfall dieses Gesetzes sind mehr Versammlungen verboten worden, als jemals zuvor im gleichen Zeitraum. Wenn wir die Parteigenossenschaft erlangen sollen, ohne Gefahr zu laufen, diesem Vereinsgesetz zu verfallen, so darf die Forderung der „dauernden“ Unterstützung der Partei nicht erhoben werden. Ich habe sie schon in der Fraktion bekämpft und bin erfreut, daß der Vorstand nicht mehr darauf besteht. Auch in Anbetracht unserer ökonomischen Verhältnisse war diese Forderung falsch. Ein großer Theil unserer armen, namentlich der ländlichen Bevölkerung wird nicht in der Lage sein, dauernd zahlen zu können. Aber nicht bloß durch das Landesgesetz, sondern vielfach auch durch lokale Gesetze jeder einzelnen Stadt, durch Polizeistrafen ist es bei uns verboten, irgendetwas einen Beitrag zu leisten. So sind noch in den letzten Wochen Polizeiverfügungen erlassen worden, welche bei 50 oder 100 Mark Strafe die Leistung eines Beitrags oder die Abhaltung einer Tellerammlung verbieten, ja welche das Darreichen von Almosen an Arme unterlagen. Die „dauernde“ materielle Unterstützung wäre also für uns eine große Gefahr, und wir beantragen daher einstimmig, sie zu streichen. — Was den Wahlmodus betrifft, so kann doch im Ernst von der Verleugung des demokratischen Prinzips nicht die Rede sein. Wenn noch die Verhältnisse in den großen und kleinen Städten und auf dem Lande die gleichen wären! Zudem hat der Fraktionsvorschlag agitatorisch den großen Vortheil, daß er die Möglichkeit erleichtert, unsere Bestrebungen in die Kreise zu tragen, wohin die Kenntniß von uns und unseren Zielen noch wenig gedrungen ist. Aus diesen Kreisen, die noch im Dunkel liegen, am Rhein, in Bayern, im preussischen Osten u. s. w., müssen die Parteigenossen möglichst zahlreich den Parteitag besuchen, um zurückgekehrt, reichlicher den Samen für unsere Parteiziele ausstreuen zu können. In Berlin, wo sich

H

Laufende in Folge der ökonomischen Verhältnisse selbst zu Sozialdemokraten ausbilden, kann man sich leicht selbst helfen, und man soll daher nicht sagen, es sei undemokratisch, wenn auch ein Wahlkreis mit nur 70 oder 100 sozialdemokratischen Wählern einen Delegierten schickt. — Die Kontrollfrage ist im Entwurf so geregelt, weil uns eben diese Polizeigesetze abtöten, einen selbständigen Kontrollausschuß einzusetzen. Bis heute hat man noch nicht versucht, eine parlamentarische Fraktionskontrolle unter das Vereinsgesetz zu stellen. Die Zweifel an der Objektivität dieser Kontrolle muß ich energisch abweisen. Sind denn die gewählten Abgeordneten so miserabel, schlechte Charaktere, daß sie bei Dingen, die ihre Person betreffen, eine Einwirkung auf ihre Kollegen versuchen werden, ihr eigenes über das Parteiinteresse stellen werden? — Was das Centralorgan betrifft, so sind wir nach allen Verhandlungen der Meinung, daß wir heute nicht mehr mit einem „Volksstaat“ oder „Vorwärts“ nach früherem Muster kommen können. Wir müssen auf die gestiegene Ausdehnung der Partei und auf die Nothwendigkeit der täglichen Vertretung und Vertheidigung ihrer Prinzipien den Gegnern gegenüber Rücksicht nehmen. Darum stimmen wir dem Fraktionsvorschlagn zu. — Von den selbständigen Anträgen müssen wir denjenigen einiger Berliner Genossen entschieden bekämpfen, der dahin geht: „Betreffs Aufstellung von Kandidaten zu einer Gesetzgebungs- oder Verwaltungskörperschaft haben die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise oder Orte die Zustimmung vom Vorstand einzuholen.“ Womit wollen Sie denn den Parteivorstand noch belasten? Ich bin erstaunt, daß gerade von der Seite ein solcher Antrag ausgeht. Das heißt doch, den Genossen alle Bewegungsfreiheit nehmen; in diesem Punkte haben die Männer in Berlin, so Gutes sie geleistet haben, kein größeres Recht, als bei uns die kleinste Landgemeinde. (Sehr gut! Bravo!) Ich halte dafür, daß der Parteitagn den Antrag einstimmig ablehnen wird. (Beifall.)

Thierbach-Königsberg in der Neumark: Auch wir sind für Streichung des Wortes „dauernd;“ seine Aufrechterhaltung ist unter den heutigen Verhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit. Von vielen Seiten sind sonstige Aenderungen vorgeschlagen, von Berliner Kollegen ist sogar ein vollständiger Gegenentwurf eingebracht worden. Ich stehe, zumal nach Vollmar's und Werner's Ausführungen, auf dem Standpunkte, daß wir uns in Acht nehmen müssen, mit dem preussischen Vereinsgesetz in Konflikt zu geraten, daß wir nach dem Berliner Antrag einen einzigen Vorstand aus 20 oder 16 Personen einsetzen müssen. In der Kontrollfrage bin ich aber anderer Meinung; ich hege kein Mißtrauen gegen die Fraktion und kann die in dieser Richtung geäußerten Beschränkungen nicht theilen. Ursprünglich war auch ich gegen das „Volksblatt“ als Centralorgan; nach reiflicher Ueberlegung aber meine ich, Berlin, das zugleich noch ein Wochen-

H

blatt besitzt, kann sehr wohl das „Volksblatt“ den Genossen Deutschlands übergeben. Den Gewerkschaftsinteressen wird das Blatt sicherlich Rechnung tragen; es wird gewiß vom 1. Januar 1891 ab diesen Interessen eine Extrabeilage zur Verfügung stellen, auch wohl eine Erweiterung der Redaktion vornehmen, um diese Interessen weiter, wie bisher, zu pflegen. Mit dem Vorschlag einer Kommissionsberathung bin ich einverstanden.

Schönfeld-Dresden: Auch ich gehöre zu den Bifewichtern, die mit dem Organisationsentwurf nicht ganz einverstanden sind. Sätte man diesem Entwurf Motive beigegeben, dann hätte die Kritik nicht die Schärfe angenommen, die Auer beklagte.

Die Verpflichtung zur materiellen Unterstützung der Partei sollte man als moralischen Zwang festlegen, nicht aber die Mitgliedschaft von der dauernden materiellen Unterstützung abhängig machen. Ich bin aber mit dieser Ansicht in Dresden nicht durchgedrungen, die Dresdener beantragen nur, daß Erwerbslosigkeit von jener Verpflichtung entbinden soll.

In Bezug auf die Zugehörigkeit zur Partei beantragen wir, daß ehrlöse Handlungen gegen die Partei von der Partei ausgeschlossen werden. Wir können nicht das, was heute der bürgerlichen Moral als ehrlös gilt, auch für uns reklamiren. Wenn z. B. Jemand aus Noth ein Stück Brod stiehlt, so kann uns das noch nicht bestimmen, den Mann von uns zu weisen.

Bezüglich der Vertretung auf dem Parteitagn stimmen wir dem von Vollmar in der „Münchener Post“ vorgeschlagenen System der proportionalen Vertretung zu.

Grundsätzlich der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteiorgane können wir dem Entwurf nicht zustimmen. In Dresden war bekanntlich ein Zeitungsstreit in der Frage des 1. Mai. Die „Sächsisch-Arbeiterzeitung“ stand auf dem Boden der Dresdener Genossen und beharrte auf demselben, nachdem in Halle die Fraktion einen anderen Standpunkt eingenommen. Da nun anzunehmen ist, daß in einem solchen Falle der Parteivorstand, die Parteikontrolle, eingreifen und das Blatt verpflichten würde, in ihrem Sinn zu schreiben, so ist die Bestimmung für mich unannehmbar. Ich gestehe den Genossen am Ort zu, die Kontrolle über die Zeitungen auszuüben, aber nicht dem Parteivorstande, weil dann eine gewisse schablonenmäßige Schreibweise bei der Presse eintreten müßte.

Das „Berliner Volksblatt“ zum Centralorgan zu wählen, halte ich für verfehlt. Ein Lokalorgan darf nicht zugleich Centralorgan sein. Die Genossen außerhalb Berlins müßten den ganzen Ballast des „Volksblattes“ mit in den Kauf nehmen. Es müßte ein selbständiges Centralorgan geschaffen werden, in dem der Parteivorstand seine Ansichten geltend machen könnte.

Dies übernimmt den Vorsitz.

H

Stengele-Hamburg: Wir Hamburger wünschen, daß die Fraktion verpflichtet, nicht berechtigt ist, auf dem Parteitag zu erscheinen. Die Mittel hierzu werden sich in irgend einer Weise beschaffen lassen.

Das „Berliner Volksblatt“ als Centralorgan würde der Lokalpresse der kleineren Städte Abbruch thun. Der lokale Theil des Volksblatts, mit seiner breiten Schilderung der Berliner persönlichen Streitigkeiten, ist für das übrige Deutschland von gar keinem Interesse, ja in gewissem Sinne sogar schädlich.

Wir in Hamburg II. beantragen weiter, daß, sofern gesetzliche Hindernisse nicht im Wege sind, ein Parteiauschuß an Stelle der jetzt normirten Kontrollkommission der Reichstagsfraktion gewählt werde. Wir wünschen also, daß die Kommission selbstständig gewählt werde, und nicht die Fraktion als solche eine besondere Kommission bilde. Die Aufgaben der Fraktion und der Kontrollkommission sind sehr verschiedene. Was nun die vereinsgesetzlichen Bedenken betrifft, so hat seiner Zeit das Hamburger Oberlandesgericht entschieden, daß die Mitglieder einer solchen Kommission nicht als Verein zu betrachten sind. Hiernach würde also der Gründung einer selbstständigen Kommission nichts im Wege stehen.

Liesländer-Dithavelland: Die Auer'sche Rede hat mich im Allgemeinen sehr erfreut, denn sie hielt sich, im Gegensatz zu anderen Fraktionsgenossen, in sachlichen Grenzen, und war nicht geeignet andere Parteigenossen, wenigstens indirekt, zu beleidigen.

Mit dem Organisationsentwurf, wie er von der Fraktion vorgelegt worden ist, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Die „Abänderungsanträge zum Organisationsentwurf“ von den Berliner Genossen sind entschieden vorzuziehen. Der Ausdruck „Genossen“ in § 1 ist jedenfalls präziser, als der Ausdruck „Personen“. In Bezug auf die Wahlen zum Parteitag muß eine bestimmte Grenze gezogen werden, und es dürfen nicht, wie gesagt worden, aus den Kreisen beliebig viel Delegirte hergeschickt werden.

Die Opposition hat gar kein Mißtrauen zur Fraktion insgesammt; wir wünschen ihr nur nicht noch größere Macht zu übertragen, als sie heute inne hat, und das ist in dem Berliner Antrag ausgesprochen. Es kann kein Mißtrauen darin erblickt werden, wenn wir beantragen, der Parteitag solle die Befolgung der thätigen Mitglieder des Parteivorstandes festsetzen. Der Parteitag ist doch die höchste Instanz, und es würde Mißtrauen hervorrufen, wenn die Parteifraktion einseitig die Befolgungen feststellte. Die Kritik hat nicht das Gehässige gehabt, was man ihr zuschreibt. Auer hat auf die gegnerische Presse hingewiesen. Ja, seit wann kümmern wir uns um die gegnerische Presse? Hat sie nicht die Reden verdreht, hat sie nicht die Reden Bebel's benutzt, um gegen uns Propaganda zu machen? Warum jezt diese Empfindlichkeit,

H

früher ist doch viel schärfere Opposition gemacht worden! Wir sind doch nicht hierhergekommen, um uns Süßigkeiten zu sagen! Grade die Parteigenossen, die an der Spitze der Leitung stehen, und denen wir eine höhere Intelligenz zuschreiben müssen, sollten nicht ihre Meinung in einer die Opposition verletzenden Weise zum Ausdruck bringen und dadurch zu neuer Opposition Anlaß geben. (Sehr richtig!) Es bekundet einen schwachen Standpunkt und eine schwache Intelligenz, wenn man auf den groben Klotz einen noch größeren Keil setzt; das ist nicht der Weg zum Frieden. Vollmar stimme ich völlig bei. Er hat das ausgeführt, was die sogenannte Opposition in Berlin ausgeführt hat. Die „Opposition“ beschränkt sich nicht auf Berlin. Nein, wir sind auch in der Umgegend von Berlin derselben Ansicht. Wir verurtheilen es, wenn von Berlin gehässig vorgegangen wird, aber auch, wenn das von der anderen Seite geschieht. Eine Partei, welche die Toleranz auf ihre Fahne geschrieben, muß zunächst selbst tolerant sein.

Die Vereinigung möchten wir möglichst lose gestaltet haben. Als früheres Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wäre ich für eine möglichst straffe Centralisirung; aber da jede derartige Organisation aufgelöst werden wird, so möchte ich mich für die lokale Organisation erklären.

In Bezug auf die Presse kann ich der Fraktion als solcher kein Kontrollrecht einräumen. Es kann aus der Mitte des Parteitages sehr wohl eine Kommission bestellt werden. Außerdem wissen die Genossen am Orte am besten über die Haltung ihrer eignen Presse ein Urtheil zu fällen.

Für ein Centralorgan bin ich selbstredend; aber ich wünsche nicht, daß es täglich erscheint. Ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt könnte auch die ärmeren Parteigenossen in Ostpreußen, Schlesien und anderswo halten. Das „Volksblatt“ ist auch viel zu theuer, und die Genossen haben gar nicht die Zeit, den ganzen Ballast zu lesen. Ich habe beantragt, daß, wenn ein Centralorgan geschaffen wird, es wenigstens völlig Eigenthum der Partei wird, damit der Profit des „Berliner Volksblatt“ und der anderen Berliner Parteiblätter und aus dem Druck der Broschüren, der sich auf 100 000 Mark belaufen wird, und der den Privatdruckern in die Tasche fließen würde, der Partei wieder zugute komme. Dieser Antrag mag Manchem unangenehm sein, aber ich werde ihn nachher verteidigen.

Wilschke-Berlin: In Bezug auf § 3 Absatz 2, wo es heißt: „Insofern der Wahlkreis durch einen Ort oder durch Theile eines Ortes gebildet wird, ist nur ein Vertrauensmann zu wählen.“, wünsche meine Auftraggeber, daß in der Regel nur ein Vertrauensmann gewählt wird, je nach Lage und Stärke des Wahlkreises. Im übrigen glaubt Redner, daß es genüge, wenn zu den

Parteitagen aus jedem Kreise ein Delegirter käme. Als Centralorgan erscheint ihm das „Volksblatt“ nicht geeignet; wird es aber doch dazu genommen, dann müsse es so billig als möglich abgegeben werden.

Klein-Berlin: Als Parteigenosse sollte Jeder gelten, der das Parteiprogramm anerkennt. Der Unterschied zwischen organisirten und nicht organisirten Parteigenossen ist schwer durchzuführen. Bei der Streikbewegung haben wir auch die unorganisirten Kollegen mit in den Kauf nehmen müssen.

In Rücksicht auf die Vereinsgesetze giebt Redner anheim, ob es nicht zweckmäßig wäre, sich eine ganz lose Organisation, nach Art der einzelnen Gewerkschaften mit dem Vertrauensmännersystem, zu geben. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages sollte man nicht allzu leicht, aber auch nicht zu schwierig machen.

Schmidt-Berlin: Die Bedenken Vollmar's gegen das Vertrauensmännersystem werfen, wenn sie berechtigt sind, die vorgeschlagene Form der Organisation über den Haufen.

Die Wahl einer besonderen Kontroll-Kommission ist nach den Kessler'schen Ausführungen absolut unmöglich. In dieser Beziehung bietet der Berliner Antrag auch dem sophistischsten Staatsanwalt nicht die geringste Angriffsfläche dar. Stolle hat gesagt, die Erfahrung habe uns bisher belehrt, daß Kommissionen, welche von der Fraktion einer Partei eingeseht werden, nicht als politische Vereine angesehen werden und daß auch nicht die Gefahr bestehe, daß, wenn sie mit einander in Verbindung treten, sie mit dem Vereinsgesetz kollidiren. Wir müssen aber bedenken, daß die Sozialdemokratie bisher eine solche Institution nicht gehabt hat, und die Erfahrung von anderer Seite beweist für uns nichts. Was dem einen erlaubt, ist dem andern verboten; das zeigt unsere Gewerkschaftsbewegung im Vergleich zur Innungsbewegung und den sonstigen Unternehmerverbänden. Diese können sich zusammenthun in Kongressen, Vereinen und Korporationen und politische Angelegenheiten erörtern, wir nicht.

Die von uns vorgeschlagene und von Stolle angefochtene Bestimmung, daß der Vorstand befugt sein soll über die aufgestellten Kandidaturen in den Kreisen ein Urtheil abzugeben, ist keineswegs überflüssig und Kleinlich. Die Genossen am Ort können nicht immer wissen, ob der aufgestellte Kandidat auch das Vertrauen der Partei verdient und ob er schon etwas für die Partei gethan hat. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen war Kandidatenmangel, und es sollte ein Holzhändler als Kandidat aufgestellt werden, der nicht einmal unser Programm anerkannt. So etwas muß vermieden werden.

Der Wahl des „Berliner Volksblatt“ zum Centralorgan haben wir keine Veranlassung entgegenzutreten. Die Genossen in der Provinz haben ja nicht die Verpflichtung, auf das Volksblatt zu

H

abonniren. Die Provinzialblätter können einfach sagen, der Parteivorstand hat im Centralorgan das und das veröffentlicht.

Es wird Schluss der Diskussion beantragt, aber abgelehnt.

Von einer Seite wird zur Geschäftsordnung bemerkt, es hätten schon 5-6 Berliner Genossen gesprochen, ohne weitere Momente anzuführen.

Vorsitzender Singer: Ich für meine Geschäftsführung tenne weder Berliner, noch andere lokale Genossen, sondern nur Mitglieder des sozialdemokratischen Parteitages. (Sehr richtig!) Jeder hat daselbe Recht und kommt in der Reihenfolge zum Wort, in der er sich gemeldet hat.

Faber-Frankfurt-Lebus: Die Berliner haben sich 5- bis 6mal zu demselben Thema geäußert. Die einzelnen Kreise sollten sich verständigen und nur einen Redner wählen.

Vorsitzender: Darüber können wir hier doch unmöglich beschließen!

Jochem-Danzig: Ich bin der Ansicht, daß eine feste Organisation nicht geschaffen werden kann. Der Entwurf hat auf mich den Eindruck gemacht, als wenn er ein Statut eines Vereins wäre. Die sozialdemokratische Partei ist so mächtig, daß sie auch ohne eine eiserne Form bestehen kann. So war es nach dem Freiburger Prozeß und warum nicht nach dem Fall des Sozialistengesetzes? Soll aber eine feste Organisation geschaffen werden, so beantrage ich zu § 1, daß Jeder Parteigenosse ist, der für die Partei thätig ist. Die Parteigenossen werden zählen, ob das hier steht oder nicht. In Bezug auf die Vertretung zum Parteitag bin ich für das Proportionalssystem. Was das Parteiorgan betrifft, so habe ich mich durch die Gründe Auer's für das „Berliner Volksblatt“ unstimmen lassen. Ein eigenes Centralorgan würde keine hohe Abonnentenzahl haben und nicht gelesen werden. Ein Organ auch für Ost- und Westpreußen zu schaffen, wäre falsch. Ein Parteiorgan soll keine Agitationschrift, sondern eine Zeitschrift sein, welche die Genossen auf dem Laufenden erhält.

Kandt-Kostof: Wir in unserer engeren Heimath können von dieser ganzen Organisation absolut keinen Gebrauch machen, abgesehen vielleicht vom Parteivorstand. Indessen, ich spreche hier auch für die Allgemeinheit; da meine ich, daß in § 1 unbedingt die dauernden Beiträge wegfallen müssen. Wer einen bestimmten Beitrag zahlt, muß nothwendiger Weise gebucht werden, und daraus würde der Staatsanwalt mit Leichtigkeit die Existenz eines Vereins konstruiren.

Redner schildert nun die bekannten politischen Zustände Mecklenburgs und erklärt, so pessimistisch geworden zu sein, daß es ihn nicht mehr wundern würde, wenn er es eines Tages erleben sollte, daß die Staatsanwaltschaft eine einzelne Person für einen politischen

10* H

Berein hält. (Oh!) In der Interpretation und Konstruktion sind die Herren sehr findig, dagegen sind wir Kinder. Deshalb theile ich Luers' Meinung, daß uns alles zu Schanden gemacht werden wird.

Wir haben den Organisationsentwurf nicht in öffentlichen Versammlungen berathen können, wie Sie, sondern nur privatim. Wir haben uns aber dahin geeinigt, daß es nicht gut ist, das „Berliner Volksblatt“ als Centralorgan zu wählen. Ein solches Organ ist uns zu theuer; auch interessiert es uns nicht, zu erfahren, was der Schuhmacher Müller oder der Schneider Schulze in einer Berliner Versammlung geredet haben. Meine Freunde sind für ein wöchentlich dreimal erscheinendes, neues Centralorgan.

Meyer-Frankfurt a. M.: Ohne eine Organisation werden wir zu unseren Wählern nicht zurückkehren dürfen. Der vorliegende Entwurf ist aufgebaut auf dem System der Vertrauensmänner. Obgleich ich nun allen Respekt vor der Findigkeit der preussischen Staatsanwälte habe, so gestehe ich, daß es mir bis dato nicht vorgekommen ist, daß ein Vertrauensmann als politischer Verein erklärt worden ist. Ich bin also im Prinzip für den Entwurf. Das Wort „dauernd“ im § 1 muß gestrichen werden. Weiter bin ich dafür, daß die Einberufung des Parteitages, mit Rücksicht auf die ländlichen Kreise, nicht vier, sondern sechs Wochen vor der Abhaltung des Parteitages im Parteiorgan publizirt werden muß. Gegen ein täglich erscheinendes Centralorgan ließe sich nichts einwenden, man wird aber neben demselben nicht noch ein Lokalblatt halten können, und insofern würde allerdings die Lokalpresse verdrängt werden. Niemand von uns will den Berliner Lokalblatt lesen, der kann vollständig in Berlin bleiben. Wird aber das „Volksblatt“ gewählt, so mag es in einem Vogen für die Provinz erscheinen, das Uebrige aber kann in Berlin bleiben.

Emmel-Wschaffenburg: Ich bin mit der Ausführung des Vordrucks einverstanden. Nachdem wir wieder dasselbe Recht haben, wie die anderen Parteien, müssen wir auch danach trachten, möglichst ähnliche Organisationen, wie die Gegner sie haben, für uns zu schaffen. Wird uns dies verwehrt, so gewinnen wir der Regierung gegenüber ein Agitationsmittel, welches wir nicht unterschätzen dürfen. Ohne Organisation werden dann unsere Genossen mehr leisten, als mit einer solchen, denn sie werden sich enger zusammenschließen. Aber der Versuch muß wenigstens gemacht werden. Ich bin für die Fraktion als Kontrollkommission. Ein Ausschuß, in einer Stadt gewählt, würde viel parteisüchtiger sein als die Fraktion, deren Mitglieder über ganz Deutschland verbreitet wohnen. Dazu kommt, daß die Fraktion, nach dem Vereinsgesetz, noch nicht als Verein gilt und einen großen Theil des Jahres in Berlin zusammen ist. Am Besten wäre es wohl, wenn die Presse Eigenthum der

H

Partei würde. Ich fürchte aber nicht, daß die Fraktionsmitglieder, selbst wenn sie Leiter von Blättern sind, aus persönlichen Gründen, in ungerechtfertigter Weise, gegen ein Blatt vorgehen würden. Gegen ein solches Gebahren würde sich sofort eine Opposition erheben und ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden. Ich habe keine Furcht, daß die Fraktion diktatorisch handeln könnte; denn nicht die leeren Formen machen die Demokratie aus, sondern der Geist der Demokratie, der in uns Allen lebt, muß den Ausschlag geben. (Bravo!) Das Centralorgan muß billig sein und möglichst verbreitet werden. Es wäre am einfachsten, wenn nur das Hauptblatt zu einem niedrigeren Preise nach außerhalb verschickt würde, die Berliner können auf die lokale Beilage besonders abonniren.

Schibolsky-Niederbarnim: Wir bitten Sie, dem zweiten Passus des § 4 folgende Fassung zu geben:

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl, mit Angabe ihrer genauen Adresse, sofort dem Parteivorstande mitzutheilen; in denjenigen Wahlkreisen, wo mehrere Vertrauensmänner in verschiedenen Orten gewählt werden, haben die gesammten Vertrauensmänner des Kreises aus ihrer Mitte einen Obmann zu wählen, der seine Adresse an den Parteivorstand abgiebt.

Die Debatte wird abgebrochen.

Bebel macht Vorschläge über die in die 25er Kommission zu wählenden Personen. Zunächst müßten alle diejenigen Richtungen in der Kommission vertreten sein, die hier während der Debatte ihre abweichenden Ansichten vertreten haben. Zweitens müßte Rücksicht genommen werden auf die verschiedenen Gegenden und Provinzen Deutschlands. Drittens müßten solche Personen gewählt werden, die auf Grund ihrer bisherigen Thätigkeit mit dem Organisationswesen genau vertraut sind. Viertens gehören in die Kommission einige Mitglieder der Fraktion, die theils durch ihre persönliche Stellung bei der Berathung in der Fraktion selbst, theils, wie Vollmar, außerhalb derselben sich veranlaßt sahen, gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. In der Fraktion selbst — ich verrathe kein Geheimniß — standen sich Luers und meine Person in wesentlichen Dingen und Anschauungen gegenüber. — Bebel schlägt nun fünf- undzwanzig Namen vor, darunter drei Abgeordnete.

Außerdem werden noch weitere Namen vorgeschlagen.

Ein Antrag von Zubeil-Berlin, die Bebel'sche Liste en bloc anzunehmen, wird abgelehnt, nachdem Stolle darauf hingewiesen, daß damit die freie Willensmeinung der Abstimmenden beschränkt wird.

Luersbach wünscht, daß in die Kommission auch eine Frau, zum Beispiel Frau Ihrer, gewählt werde.

Die Wahl der Kommission wird nach dem Vorschlage des Vorsitzenden in derselben Weise, wie bei der Neunerkommission

H

morgen, vor Beginn der Sitzung, durch Stimmgittel erfolgen. Der Vorsitzende theilt schließlich auf Befragen mit, daß Dr. Hädt vom Bureau nicht beauftragt worden sei, auf dem Kommerse im Namen der Partei zu sprechen.

Schluß 1 Uhr 26 Minuten.

Nachmittagsitzung.

3½ Uhr. — Den Vorsitz führt Diez.

Vor der Tagesordnung berichtet:

Pfannkuch, als Referent der Mandat-Prüfungskommission, über das Ergebnis der nochmaligen Prüfung der Krefelder Mandate. Die Kommission beantragt, das Mandat von Carl Wesch, der als alleiniger Kandidat gewählt ist, für gültig anzuerkennen, dagegen das des Genossen Lichtenberg, der in einer fünf Tage späteren Besprechung etlicher Genossen mit der Vertretung der Krefelder betraut worden ist, für ungültig zu erklären.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen. Darauf setzt der Parteitag die Generaldiskussion über den Organisationsentwurf fort.

Gottschalk-Hamburg: Die Hamburger glauben darauf bestehen zu müssen, daß ein dauernder Beitrag durchaus nothwendig ist, um die Zugehörigkeit zur Partei zu verbürgen. Wenn die Partei als solche prosperiren soll, muß sie Geld haben, und das kann sie doch nicht aus dem Aermel schütteln, es kann auch nicht von Einzelnen hergegeben werden. Die Vertretung auf dem Parteitag anbetrifft, so würden die Hamburger auch mit zwei Delegirten zufrieden sein, da es für die Propaganda jedenfalls förderlicher ist, wenn die ländlichen Wahlkreise möglichst viel Vertreter entsenden. (Sehr gut!) Nehmen Sie auf 5000 Wähler einen Delegirten, dann würde Berlin deren 34 zu stellen haben. Was würde das der Partei nützen? Aus derselben Erwägung haben die Hamburger auch prinzipiell keine Abgeordneten gewählt; die Abgeordneten aber besitzen selbstverständlich unser Vertrauen nach wie vor. Wenn 15 Wahlkreise, oder die Unterschriften von 10 000 Parteigenossen als Voraussetzung für die Berufung eines außerordentlichen Parteitagess hingestellt werden, so entsteht doch die Frage, wie sollen diese Unterschriften kontrollirt werden? Das ist einfach ein Unding. Die 15 Wahlkreise können ja bleiben, die Zahl ist besser als sechs oder sieben, wodurch es die Berliner leicht haben würden, einen Extraparteitag für sich einberufen zu lassen; die Bedingung der 10 000 Unterschriften aber wäre zu streichen. Daß der Parteitag die Höhe der Gehälter des Vorstandes festsetzt, wie die Berliner

H

Genossen beantragen, halten wir für unmöglich; das muß dem Ausschuss oder der Fraktion überlassen bleiben, die doch erst kontrolliren müssen, was für Arbeit erwächst. Dieser Parteitag kann das nicht übersehen; der nächste würde schon wenigstens annähernd dazu in der Lage sein. Die Kontrolle der Presse nehmen wir unbedingt für die Parteigenossen am Orte in Anspruch; im Falle einer Streitigkeit, ist der Ausschuss zur Entscheidung heranzuziehen. Einen solchen Ausschuss befürworten wir, und nicht etwa aus Mißtrauen gegen die Fraktion. Wir sind der Meinung, daß das Mißtrauen garricht erst geweckt werden soll, daß wir die Fraktion vor solchen Anschuldigungen, insofern zu handeln und dergleichen, bewahren müssen. Sonst sind wir eventuell auch dafür, daß der Vorschlag auf Einsetzung eines einzigen Ausschusses von zwanzig Personen mit einer aus sich heraus gewählten Exekutive von fünf Personen angenommen wird; wenn die fünfzehn andern, die kontrollirenden, zum Theil der Fraktion, zum Theil den Genossen des Parteitagess entnommen werden, dann ist die Sache vollständig und glücklich geregelt. Der Vertrauensmännerfrage sollte nicht solches Gewicht beigelegt werden. Ein in öffentlicher Versammlung gewählter Vertrauensmann kann als Person mit anderen Personen in Verbindung stehen, da ist keine geheime Verbindung festzustellen; er kann auch Agitation treiben, ohne der Geheimbündelei beschuldigt zu werden. Die Organisation muß so eingerichtet sein, daß es auch möglich bleibt, sie aufrecht zu erhalten; darum sollten wir Genossen nicht aufnehmen, weil das gegen das preussische Vereinsgesetz verstößt.

Zeiß-Hamburg: In meiner Stellung zum Organisationsplan haben mir meine Schleswiger Mandanten völlige Freiheit gelassen; meine Ausführungen dazu mache ich auf Grund der von mir gesammelten Erfahrungen. Die gegen den Entwurf lautgewordene abfällige Kritik ist mir von allem Anfang an ziemlich überflüssig erschienen, da doch bei allen darüber stattgehabten Diskussionen die Für- und Gegen Gründe nicht so eingehend untersucht werden konnten, als hier, wo uns Luer's Vortrag erst das vollständige Material zur Verfügung gestellt hat. Danach haben sich auch meine Anschauungen in manchen Punkten berichtigt. In einem Hauptpunkte aber muß ich bei meiner Meinung bleiben; ich halte nach wie vor für ganz verfehrt, daß, wie bisher, die Fraktion die Parteileitung haben soll. Es ist für die Zukunft die ganz spezielle Aufgabe unserer Fraktion, sozial-reformatorisch im Reichstag vorzugehen; darauf wird sie ihre ganze Kraft zu verwenden und gar keine Zeit haben, auch noch das Kontrollamt mit zu versehen. Redner acceptirt den Berliner Vorschlag über die Bildung des Partei-Vorstandes, verlangt aber volle Organisationsfreiheit für die einzelnen Kreise. In Bezug auf die Parteipresse tritt er den Ausführungen des Referenten bei, und

H

giebt er dem Wunsche Ausdruck, daß die offiziellen Wochenblätter sich in Zukunft nicht mehr die Abonnenten wegzufischen suchen.

Auerbach-Berlin (zur Geschäftsordnung): schlägt vor, den Vormittags abgelehnten Vorschlag: Debels Liste für die 25 er Kommission en bloc anzunehmen, nun doch zu acceptiren, da in andern Fall, das Wahlergebnis erst Sonnabend festgestellt werden könne und die Verhandlungen sich bis in die nächste Woche hineinziehen würden. Nach kurzer Debatte für und wieder stellt der Vorsitzende Diez die Unterstüßungsfrage. Der Antrag wird genügend unterstüßt und nachdem an Stelle der zurücktretenden Genossen Ehrhardt und Wolbersky, die Frau Threr und Randt-Kostock auf die Liste gesetzt sind, diese, entsprechend dem Antrag Auerbach, nun mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende theilt noch mit, daß auch Genosse Lölcke für die Kommission vorgeschlagen worden wäre, wenn man nicht bedacht hätte, daß dem alten Herrn die Anstrengung nicht gut thun würde. Lölcke werde aber eingeladen werden, der Kommission mit Rath und That, soweit angänglich, zur Seite zu stehen. (Bravo!)

Hierauf wird die unterbrochene Debatte wieder aufgenommen.

Schweer-Hamburg: Das Centralorgan muß ein täglich erscheinendes Blatt sein. Ich fürchte nicht, daß es deswegen den Lokalblättern Konkurrenz machen wird. Erscheint es bloß ein- oder zweimal in der Woche, so wäre der materielle Erfolg jedenfalls zweifelhaft und die Nothwendigkeit von Zuschüssen aus der Partekasse wahrscheinlich. — Mein Wahlkreis hat mich beauftragt, hier dafür einzutreten, daß die Gehälter der festbesoldeten Vorstandsmitglieder vom Parteitag festgesetzt werden, nicht vom Parteivorstande. Man soll allen unangenehmen Eventualitäten aus dem Wege gehen; man soll nicht die Möglichkeit zulassen, daß gesagt werde, der Vorstand habe sich eine gute Besoldung angebeden lassen. Auch dagegen müssen wir uns aussprechen, daß die Delegirten aus der Partekasse Diäten beziehen sollen, wie beantragt ist; wir meinen, die Kosten für die Delegirten sollen einzig und allein von ihren Wahlkreisen aufgebracht werden.

Es sind 4 Schlußanträge eingegangen.

Liebkecht gegen den Schluß: Ich bitte Sie dringend, den Antrag abzulehnen. Der Entwurf ist schon vor Monaten vorgelegt worden, er ist in der Presse eingehend kritisiert worden; alle dort vorgebrachten Punkte müssen auch hier erörtert werden. Es ist behauptet worden, die Majorität, oder der Vorstand, wolle die Minorität vergewaltigen. Darum erht recht ist es nothwendig, daß Jeder zum Worte kommt, der an diesem Entwurf etwas auszustellen hat; denn es handelt sich hier um etwas, was auf längere Zeit für uns Gesetz sein soll. Ich warne davor, durch die Annahme des Schlußantrages auch nur den Schein zu erwecken, als

H

wollten Sie die Minorität vergewaltigen. Glauben Sie nicht, daß durch den Schluß die Debatte abgefüßt wird. Diejenigen, denen das Wort jetzt abgeschnitten wird, werden alles versuchen, später doch mit ihrer Meinung um Worte zu kommen, und es wird bei ihnen ein Gefühl der Unbefriedigtheit zurückbleiben. Lassen Sie es nicht dazu kommen. Die Kommission kann ja glücklicherweise schon heute zusammentreten und die Arbeiten des Kongresses werden dann bis zum Ende der Woche erledigt sein.

Meister-Hannover für den Schluß: Man scheint doch ein rascheres Tempo zu wollen. Schließen wir nicht, so bekommen wir doch alle diese Reden nachher bei der Berathung des Kommissionsberichtes noch einmal. Von einer Vergewaltigung wird man nicht sprechen können.

Der Schluß der Diskussion wird mit großer Mehrheit angenommen.

Das Schlußwort erhält

Referent Auer: Dem Wunsche, daß wir uns bei unieren Verhandlungen größerer Objektivität befleißigen möchten, schließe ich mich aus vollem Herzen an; auch meine Sache ist es nicht, Gegenfälle besonders herauszufehren und was uns verführt und bindet zurückzubringen. Wie aber die Dinge gekommen sind, nachdem man seit Wochen und Monaten die Verfasser des Entwurfs in der rücksichtslosesten Weise angegriffen hat, dürfen sie dem Referenten es nicht verdenken, wenn er sich dagegen im Namen der Verfasser vertheidigte. Ich bin für durchaus sachliche, von jeder Gehässigkeit freie Verhandlung. Schlägt man mir gegenüber aber einen anderen Ton an, wie es thatsächlich geschehen ist, dann halte ich es damit, daß die beste Deckung der Thier ist, und setze auf einen Schelmen anderthalb! So habe ich dieses Mal gehandelt, so gedenke ich es auch in Zukunft zu halten. Die Länder beanstandete, daß ich einen Satz aus der gegnerischen Presse zitirt hätte, und meinte, was kümmern uns die Gegner. Gerade die Gegner in dieser Frage unter unseren Parteigenossen haben aber zuerst die gehässigsten Urtheile aus der gegnerischen Presse in ihre Organe aufgenommen, um zu zeigen, wie gefährlich der Vorschlag sei. Aber auch unsere eigene Presse hat Leistungen aufzuweisen, die weit über das erlaubte Maaß der Kritik unter Genossen hinausgingen. Ich bringe dafür einen ganz kurzen Beleg. Der Punkt wegen Festsetzung der Höhe der Gehälter ist doch gewiß so nebensächlich wie nur etwas; und gerade in diesem Punkte wurden die gehässigsten Angriffe laut und zwar gegen Personen, welche durch ihr ganzes Thun und Handeln über jeden Verdacht nach dieser Richtung hin erhaben sein sollten. Die „Dresdener Arbeiter-Zeitung“ enthielt in ihrer Nummer 102 vom 24. August einen „Der Organisationsentwurf“ überschriebenen Artikel, in dem gegen Bebel polemisiert wird. Da heißt es: „Wird

H

Herr Bebel es nicht zugeben, daß es für die Wirkung vollständig gleichgiltig ist, ob das Geld, über das man im Uebrigen frei verfügen darf, einem selbst oder Jemand anderem gehört? Besonders überzeugend klingt so etwas nicht, und dieses Recht haben wollen um jeden Preis ist nur geeignet, einem Betrachtungen nahelegen, wie etwa: Was wohl die Herrenderfraktion veranlaßt, sich an Rechte und Befugnisse, trotzdem sie ihnen, wie Auer sagt, selbst nicht angenehm sind, so trampfhaft anzuklammern.“ Dieser Satz stand, wie gesagt, in einem parteigenösslichen Blatte. Er ist aber so gehässig, und unterstellt so ordinäre Motive für unser Handeln, daß der bösartigste Gegner ihn nicht schlimmer hätte schreiben können. Dagegen muß man sich doch wohl wehren. Schönfeld, der dem Blatte ja nahe gestanden hat, stimmt gewiß diesem Satze auch nicht zu. Dieser Genosse meinte, wenn die Fraktion zu dem Entwurf Motive veröffentlicht hätte, so wäre manches Schlimme unterblieben. Dem gegenüber möchte ich die Frage stellen: wenn es den kritischen Genossen wirklich nur um Aufklärung zu thun war, warum haben sie sich dann nicht bei den paar Leuten, auf denen seit Jahren die ganze Arbeit der Parteileitung lastet, nach den Motiven erkundigt, bevor sie diese beleidigenden Angriffe losließen? Solchen Vorwurf hat der Genosse Bebel wirklich am allerwenigsten verdient. Andere die Arbeit machen lassen, schwierigen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen und dann vom „demokratischen“ Rothorn herab den Kritiker spielen, das ist sehr billig. — Sie wissen, was die Gegner daraus gemacht haben; aus unseren Reihen selbst, ist, wenn auch ohne Absicht, der gegnerischen Presse das Material geliefert worden, von der Spaltung, von „Alten“ und „Jungen,“ und all dem übrigen Unsinn zu reden.

Auf das Weitere gehe ich nicht ein; ich wünsche, daß die persönlichen Kämpfe beseitigt sind. Ich werde immer objektiv sein, wenn ich objektiv kritisiert werde; ich kann aber, wenn es mir notwendig scheint und die Umstände es erfordern, so saugrob sein, wie irgend Einer. (Heiterkeit.) Dem Genossen Kessler, der sich wunderte, warum der Entwurf, trotz unserer Erfahrungen, gerade so ausgefallen sei, antworte ich: Weil erst diese Verhandlung hier vorausgehen mußte, ehe die Partei, die eine große Masse junger, mit den früheren Vorgängen unbekannter Elemente unter sich hat, sich schlußförmig machen kann. Wir mußten uns erst im persönlichen Meinungsaustrausch gegenseitig überzeugen, daß dies oder jenes nicht geht, was in den einzelnen Köpfen spukt. Das ist der Grund dafür. Die meisten von uns haben sich darüber nicht getäuscht, daß der Entwurf so, wie er ist, nicht angenommen werden kann. Hätten wir aber den Entwurf nach Kessler's Wunsch gestaltet und vorgelegt, dann hätte ich erst einmal die Kritik hören mögen! In Bezug auf die Partei-

H

beiträge sprach Stolle von Idealen, welche zur Bezahlung der Parteitagitation keinen Kurs haben. Er dachte dabei gewiß an das Wort des famosen Ritters Ofenheim von Pont Curin: „Mit Idealen baut man keine Eisenbahnen!“ Womit ja Beide auch ganz recht haben.

Wegen des Centralorgans seien Sie ganz ruhig. Sie werden doch dahin kommen, es so zu machen, wie es der Entwurf vorschlägt; es ist der Zwang der Thatsachen, was uns dahin bringt. Wir können das Centralorgan nicht wieder herstellen nach früherer Weise, es sei denn, daß wir einen großen Theil unserer Parteigelder zur Deckung des Defizits verwenden wollen. Hamburg ist ja zweifellos der kräftigste Parteior, den wir haben, er war es auch schon vor dem Sozialistengesetz. Und in demselben Hamburg, das einen relativ gut genährten und bezahlten Arbeiterstand hat, wo die Arbeiter auch wirklich etwas für ihre Partei hingeben, das 22 000 Abonnenten für sein Lokalblatt hatte, wo die Genossen stets auf der Centralisation und auf der Nothwendigkeit eines Centralorgans bestanden, in diesem Hamburg hatte der „Vorwärts“ in den zwei Jahren vor dem Sozialistengesetz einen fortgesetzten Rückgang zu verzeichnen. (Hört, hört!) Wollen Sie ein neues Centralorgan, das etwas anderes ist als die Wochenblätter, die wir schon besitzen, wollen Sie etwas Gediegenes und nur halbwegs den Wünschen der Genossen Entsprechendes — und wir dürfen doch keinen Schöfel herausgeben —, dann kostet uns ein derartiges Organ solche Summen, daß Sie im nächsten Jahre, wenn wir die Rechnung vorlegen, sagen werden: Um Gotteswillen, bringt das Centralorgan wieder bei Seite! Niemand hat ein Interesse daran, es nicht zu schaffen; aber die Erfahrung lehrt: die Lokalpresse wird die große Zahl der Abonnenten haben und nur hier und da würde auch das Centralorgan gehalten werden. Werner sagte, die Berliner würden über das ihnen anzuühnende Unrecht raisonniren. Ja, das liegt bei uns im Blute. Vor dem Sozialistengesetz war es auch schon so: In Hamburg raisonnirte man auf das Lokalblatt und rühmte die „Berliner Freie Presse“; das sei ein Blatt, das habe Schneid und Courage; kam man aber nach Berlin, so hieß es dort: Ach, die „Freie Presse“, die hat zuviel Mängel, aber seht Euch mal das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ an, da liegt was drin! (Heiterkeit.) Als dann aber das Sozialistengesetz kam und beide Blätter verboten wurden, hätte man wohl zufrieden sein mögen, das eine oder das andere noch zu haben. Also mit dem Raisonniren auf die Blätter ist es nicht so gefährlich, wir thun das alle gern ein bißchen, und es schadet auch nicht, denn es zeugt von Interesse an den Presseorganen. Im Uebrigen werden die Berliner Genossen voll und ganz zu ihrem Rechte kommen, soweit das Blatt für sie Lokalorgan ist und bleiben wird.

H

Thatsächlich muß ich noch den Genossen Liesländer berichtigen. Er sprach von großen Summen, welche das „Berliner Volksblatt“ für den Drucker Profit abwirft, er nannte 100 000 Mark. Das ist nicht wahr. Das Blatt hat schon immer der Partei recht gute Dienste gethan, seitdem es Ueberhöfse hat. Aber bis zur Einführung der Rotationsmaschine hat es nur ca. 10 000 Abonnenten gehabt; von diesen war die Gesamtentnahme ca. 110 000 Mark, dazu 20 000 Mark an Annoncen, macht 130 000 Mark. Daß man dabei nicht 100 000 Mark Profit machen kann, liegt auf der Hand. Uebrigens möge sich Herr Liesländer beruhigen; seit soll bei uns kein Buchdrucker werden. In Bezug auf seinen Vorschlag auf Gründung einer Genossenschaftsdruckerei will ich bemerken: Die alten Genossen, die bei unseren Genossenschaftsdruckereien ihre Erfahrungen gemacht haben, werden ein wenig Respekt vor der Gründung einer neuen besitzen. Wenn es am Plage ist, gründen wir wieder eine, aber so pressirt's nicht; ich habe auch noch immer Antheilscheine, welche nicht bezahlt sind. (Heiterkeit.)

Bezüglich der Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Presse haben mich Wollmar und Kessler mißverstanden, wenn sie ausführen, nach meiner Darlegung solle schon ein einziger Artikel oppositioneller Natur genügen, diese Bestimmung in Kraft zu setzen. Ich habe sagen wollen: Es kann sehr wohl Blätter geben, die sich sogar radikaler aufspielen als unsere übrige Presse, und von denen wir alle trotzdem überzeugt sind, daß die Art und Weise, wie solche Organe wirken, der Partei schadet, und daß dieses radikale Gebahren von einer Seite und aus Gründen betrieben wird, vor denen wir alle Urfsache haben, uns zu bewahren. Ich könnte Beispiele davon geben sowohl vor als unter dem Sozialistengesetz. Hier müssen wir vorgehen. Und so schlimm ist es doch mit meinem Despotismus auch nicht; ich verlange nicht im geringsten, der Parteivorstand solle den Censur spielen über die Presse; das ist einfach ausgeschlossen, wir würden dann ein halbes Duzend Censoren brauchen. Aber erinnern Sie sich z. B. an die „Roths Fahne“ Hasselmann's. Ist sie denn nicht zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, um den Mittelpunkt abzugeben für die Bestrebungen, die kaum geeinte Partei wieder zu spalten, auseinanderzureißen? (Zwischenrufe: Volksfreund!) Ähnlich lag es mit dem „Volksfreund“, der viel radikaler war als das „Volksblatt“, und doch hat man davor gewarnt. Sie wissen, warum; man hat den Stöcker dahinter gewußt. — So war meine Aeußerung zu verstehen: Es muß ein Organ da sein, ob der Vorstand oder eine spezielle Kommission ist Nebensache, das in solchem Fall erklärt, die Partei hat mit dem Blatt nichts zu thun. Zu solchen Pressorganen sind häufig Mittel da, die nicht von den Parteigenossen gegeben werden; wir können das Fortbestehen solcher Blätter nicht hindern, darum müssen wir uns auf andere Weise schützen.

H

Damit bin ich fertig und will nur wünschen, daß die 25er-Kommission einen Entwurf ausarbeitet, der Allen so gut und praktisch vorkommt, daß er en bloc angenommen wird. (Beifall.)

Liesländer stellt richtig, daß er nicht gesagt habe, der Drucker des „Berliner Volksblatt“ verdiene 100 000 Mark, sondern er habe alle Blätter gemeint, die als Parteiorgane in Berlin anzusehen sind, und zwar nach ihrer geschäftlichen Gestaltung in der Zukunft; auch habe er die Broschüren mit darunter verstanden, mit denen in Zukunft ein viel umfangreicheres Geschäft gemacht werden würde.

Der Organisationsentwurf mit sämtlichen Anträgen geht an die 25er-Kommission, die sich sofort im Gartenfaal konstituieren wird.

Vorsitzender Diez: Es ist eine Anfrage an das Bureau gelangt, folgenden Inhalts: Im Nebensaale find ein Berliner Regierungsrath und ein Regierungspräsident aus der Provinz Sachsen eingetroffen; ob sich da nicht etwas machen ließe? (Heiterkeit.) — Im Gegentheil, die Herren find uns sehr willkommen und mögen uns aufmerksam zuhören und recht viel zu ihrem Nutzen von hier mit fortnehmen! (Heiterkeit und Beifall.)

Da Punkt 5 der Tagesordnung: „Nornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation“ einstweilen zurückgestellt werden muß, wendet sich der Parteitag zu Punkt 6:

Das Programm der Partei.

Berichterstatter Liebknecht: Genossen! Ich habe hier keine Programmrede zu halten, sondern nur über das Programm der Partei zu reden und darüber, ob und inwieweit Abänderungen an demselben vorgenommen werden müssen. Unser Programm datirt vom Jahre 1875, vom „Einigungskongreß“ her und ist ein Kompromißprogramm, wie man es mit Recht genannt hat. Das Wort „Kompromiß“ soll hier beiläufig kein Tadel sein. Schon vor fast 20 Jahren schrieb ich: Alle historischen Vorgänge sind Ergebnisse von Kompromissen. Natürlich ist das Wort Kompromiß da in einem anderen Sinne gebraucht, als es jetzt meist geschieht, im Sinne des charakterlosen Aufgebens von Prinzipien. Der Satz hat insofern Geltung, als eine neue Weltanschauung sich niemals sofort fix und fertig verkörpern kann, sondern die alte und die neue eine Zeit lang nebeneinander bestehen, bis die neue die alte vollständig überwunden hat. Unser jetziges Programm war thatsächlich ein Kompromiß zwischen dem Programm der auf dem Boden der internationalen Arbeiterassoziationen stehenden „Eisenacher“, und dem des nationalen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Den Mitgliedern des letzteren zu Liebe wurde bekanntlich z. B. der Lassalle'sche Vorschlag von den Produktivassoziationen aufgenommen. Dafür erklären die Lassalleaner ihre Zustimmung zu den demokratischen Forderungen

H

des erwähnten Hotels statt. Ihre Persönlichkeit habe ich dort selbst nicht bemerkt. Angesichts des Charakters der gefährlichen Unterhaltung, angesichts der Fragen, welche die französischen Herren an den Abgeordneten Herrn Liebknecht richteten, war ich vollauf berechtigt, diese Zusammenkunft, fern der Kommerzfeier, in den wenigen Worten, die ich ihr gewidmet habe, mit dem übrigens unverfänglichen Ausdruck „geheime Beratung“ zu bezeichnen. Die böswillige Absicht, welche Sie mir als Ergebnis Ihrer missverständlichen Auffassung unterzuschreiben, hat mir absolut fern gelegen. Deshalb erhebe ich energisch Einspruch gegen Ihre Anschuldigung und erwarte von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie gegenwärtige Erklärung zur Richtigstellung an gleicher Stelle bekannt geben.“

Ich stelle einfach diesem Schreiben den Wortlaut der Notiz aus dem „General-Anzeiger“ gegenüber, wo es heißt: „Ein Genosse nahte sich ihnen und lud sie im Namen des Abgeordneten Liebknecht ein, zu ihm ins Centralhotel zu kommen. Hier saßen die meisten Führer, tranken Bier und pflegten geheime Beratung etc.“ und überlasse es dem Urtheil des Parteitag und der Außenstehenden, ob ich ein Recht hatte, diese Behauptung als eine verleumderische Lüge hinzustellen, ein Auspruch, den ich hiermit wiederhole. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt der Parteitag in die

Spezialdiskussion über den Organisationsentwurf,

wie er nach den Beschlüssen der 25. Kommission gedruckt unter die Mitglieder zur Vertheilung gelangt ist. Dieselbe Kommission hat dem Parteitage eine Vorschlagsliste für die auf Grund der neuen Organisation vorzunehmenden Vorstandswahlen überreicht.

Berichterstatter Auer: Die Kommission, welche Sie vorgestern gewählt haben, hat gestern getagt und zwar den ganzen Tag, und das Resultat ihrer Arbeiten liegt Ihnen vor in dem Schriftstücke, überschrieben „Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“ Die Kommission hat mich mit der Berichterstattung beauftragt. Sowohl im Interesse unserer Verhandlungen, als auch angesichts der großen Einnützigkeit, mit welcher die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hat, glaube ich, mich möglichst kurz fassen zu können; ich werde mich auf die allernöthigsten Erklärungen beschränken.

Zunächst haben wir in der Ueberschrift den Parteinamen geändert in „sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Darüber wird es einer weiteren Auseinandersetzung gar nicht bedürfen.

H

§ 1 lautet jetzt:

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

Zweierlei ist hier besonders zu beachten.

Mit dem Worte „Person“ (wie schon im Entwurf) wird ausgesprochen, daß Männer wie Frauen zur Partei gehören können. Als Kennzeichen ferner für die Zugehörigkeit zur Partei wollen wir das Bekenntniß „zu den Grundsätzen unseres Parteiprogramms“ betrachten, nicht engberzig „zum Parteiprogramm“, so daß Jeder jeden Buchstaben anerkennen müßte, sondern in Berücksichtigung dessen, daß der Eine oder der Andere gegen diesen oder jenen speziellen Punkt seine Bedenken habe und eine kleine Abweichung irgend welcher Art gar keine Rolle spiele. Außerdem soll, wer zu uns gehören will, die Partei „nach Kräften unterstützen“. Damit ist den Einwürfen gegen „dauernd materiell“ Rechnung getragen. Die Unterstützung kann in den verschiedensten Formen geschehen: materiell, durch Agitation, durch theoretische, wissenschaftliche Arbeit; es ist absolut freier Spielraum gelassen. Ich bemerke noch, daß wir auch in Rücksicht auf die vereinsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland speziell zu dieser Form gekommen sind, diese Rücksicht war die ausschlaggebende.

§ 2.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidung steht dem Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Auch hier ist nicht mehr von einem groben Verstoß gegen den Buchstaben Sinn des Programms, sondern gegen die Grundsätze desselben die Rede; die Bestimmung aber, daß, wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat, nicht mehr zu uns gehört, haben wir beibehalten. Auch darüber brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Wir hielten dafür, daß es ehrlose Handlungen giebt, die Jedem gegenüber als ehrlos gelten, und daß da von bürgerlicher und sozialdemokratischer Moral gar nicht die Rede sein kann. In den Augen gewisser bürgerlicher Kreise gilt man ja schon als ehrlos, wenn man einmal das Unglück hatte, einer Majestätsbeleidigung verdächtig zu werden; daß für uns derlei nicht als ehrlos gilt, ist selbstverständlich. Nach Absatz 2 des § 2 sollen über die Zugehörigkeit zur Partei die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Wahlkreise zu entscheiden haben. Der ganze Aufbau der Organisation, wie sie beschlossen ist, läßt gar nichts anderes zu. Nur den

16* H

Appell an die Parteileitung und an den Parteitag haben wir offen gehalten.

Bei dem ganzen Kapitel über die Vertrauensmänner will ich mich gar nicht aufhalten; die §§ 3 bis 5 des Entwurfs sind mit kleinen Abänderungen beibehalten worden. Mit Rücksicht auf die verschiedenartige Vereinsgesetzgebung, und weil wir Deutsche uns noch des Vorzugs erfreuen, ein Land innerhalb der Reichsgrenzen zu haben, welches in Bezug auf Konstitutions- und Verfassungslosigkeit mit Rußland und der Türkei konkurriren kann, nämlich Mecklenburg, ohne Vereins- und Versammlungsgesetz, endlich weil in Bayern der Wortlaut des Vereinsgesetzes nach der Interpretation mehrerer Gerichtsbeschlüsse es außerordentlich erschweren dürfte, den Bestimmungen in den §§ 3 bis 5 nachzukommen, haben wir einen neuen § 6 geschaffen, wonach dort den Genossen völlig freie Hand gelassen wird, die Organisation so einzurichten, wie sie ihnen durchführbar und zweckmäßig erscheint.

Die Bestimmungen über den Parteitag sind im Wesentlichen geblieben, wie sie waren. Viele dazu gestellte Anträge haben auf irrtümlichen Voraussetzungen beruht. Im jetzigen § 8 ist aber die Bestimmung, daß die Anträge für den Parteitag spätestens 14 Tage nach der Bekanntmachung des Termins vorliegen müssen, als eine ganz unnütze Einschränkung gestrichen worden. Jetzt werden die Parteigenossen Anträge stellen können, soviel sie wollen, mit der einzigen Einschränkung, daß sie zehn Tage vor dem Termin bekannt sein müssen. Damit hat sich eine große Anzahl von Anträgen ohne Weiteres erledigt. Zu § 9 (Theilnahme am Parteitage) lagen besonders viele Anträge vor, welche auf eine andere Art der Vertretung und Zulassung zum Parteitage hinausliefen. Sie sind alle abgelehnt worden, weil wir uns über keinen anderen Modus verständigen konnten und es, wie sich herausstellte, ungemein schwer ist, in dieser Beziehung zu reglementiren. Wir haben schließlich beschlossen, zu sagen, daß „in der Regel“ kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf. Es bleibt danach dem Taktgefühl der Parteigenossen selber überlassen, ob sie glauben, einem späteren Parteitage zumuthen zu können, daß aus ihren Kreisen mehr als 3 Delegirte in maximo erscheinen. Daß es nur loyal und berechtigt sein kann, wenn die großen Wahlkreise mit sehr großer Wählerzahl mehr schicken wollen, dagegen wird auch Niemand etwas haben. Das Recht ist Ihnen jetzt zugesagt; den richtigen Gebrauch davon zu machen, ist Ihrem Taktgefühl und Ermessen überlassen. Auch § 10 (Aufgaben des Parteitages) ist geblieben. Desgleichen § 11 (Einberufung eines außerordentlichen Parteitages). Hier ist jedoch eine Bestimmung weggefallen, daß die Einberufung auch zu erfolgen habe auf Antrag von 10 000 Unterschriften von Parteigenossen. Der Fall, daß ein außerordentlicher

H

Parteitag erst aus der Partei heraus erzwungen werden muß, wird ungemein selten vorkommen; wir werden es wohl nie erleben. Diese Erwägung und die fernere, daß die Kontrolle der 10 000 Unterschriften gar nicht möglich ist, und daß damit etwa eine für uns gefährliche Klippe in vereinsgesetzlicher Hinsicht von uns selbst geschaffen werden würde, hat uns veranlaßt, diese Bestimmung des Statuts einstimmig fallen zu lassen. Sie würde doch nur dekoratives Beiwerk gewesen sein und hätte möglicherweise einem jüdischen Staatsanwalt willkommenen Anlaß geboten, hier eine geheime Verbindung zu konstruiren.

Bei unseren Berathungen über die Parteileitung, den springenden Punkt des Ganzen, wurde von vornherein von allen Seiten ausgesprochen, daß nicht darauf bestanden werde, irgend eine vorher ausgesprochene, geschriebene oder gedruckte Meinung aufrecht zu erhalten, sondern daß uns Alle in unseren Anträgen, in unserer Kritik, in Presse und Versammlungen nur das Bestreben geleitet habe, das Beste für die Partei herbeizuführen zu helfen. So war denn von Anfang an die Möglichkeit einer Verständigung sehr leicht; es fragte sich für uns alle nur: Wie wird der mit dem Statut verfolgte Zweck zu erreichen sein, ohne uns der Gefahr auszusetzen, die Organisation sofort wieder aus vereinsrechtlichen Gründen zu gefährden? Nachdem von allen Seiten die Erfahrungen zum Besten gegeben waren, nachdem auch die Vertreter der Fraktion sofort erklärt hatten, daß dieselbe auf der Uebertragung der Kontrolle durchaus nicht bestehe, sondern diesen Vorschlag eigentlich gegen den Willen der Mitglieder, nur dem Zwange folgend, gemacht habe, um damit nach ihrer Meinung eine Schutzwehr gegen die Auflösung der Partei zu errichten, haben wir uns nach längerer Debatte vollständig geeinigt. Der Vorschlag der Hamburger Genossen und theilweise der Berliner, der nichts anderes ist, als eine gewisse, wenn auch nicht wörtliche Nachahmung der Organisationsbestimmungen, die sich die deutschfreisinnige Partei, auch dem Zwange folgend, gegeben hat, ist die Grundlage unserer Beschlüsse geworden. Der Antrag Theil unterschied sich von dem Berliner nur in 2 Punkten; einmal bestete er die Zahl der Vorstandsmitglieder geringer an, als der der Berliner, und dann enthielt er die Einschränkung in der Auswahl der Personen nicht, welche sich im Berliner Antrage befand. Der Berliner Antrag wollte 20 Vorstandsmitglieder, von denen 10 der Fraktion angehören dürfen, dem Exekutivauschuß von 5 Personen sollten nur 2 Fraktionsmitglieder angehören können. Gegen diese Einschränkungen wurden aber ganz bestimmte Erklärungen abgegeben, und nach genügender Aussprache schließlich von keiner Seite mehr die Aufrechterhaltung derselben verlangt, und zwar sind wir alle aus rein praktischen Erwägungen zu der einstimmigen Anschauung gelangt, daß eine derartige Einschränkung nicht möglich ist. Bei der Besetzung der Vorstandsämter kommt nicht in Frage, ob einer der

H

Fraktion angehört, sondern ob er die Fähigkeit und die physische und materielle Möglichkeit hat, dem Vorstand anzugehören; die Abgeordnetenqualität ist hierfür vollständig irrelevant. Wir haben festgesetzt einen Vorstand aus 12 Personen, 2 Vorsitzende, 2 Schriftführer, 1 Kassierer, 7 Kontrolleure. Die Wahl erfolgt auf dem Parteitag mittelst Stimmzetteln, und zwar so, daß der Parteitag auch gleich ausspricht, welchen Charakter er mit der einzelnen Wahl verbinden will. Die folgenden Bestimmungen dieses Abschnitts sind rein geschäftlicher Natur. Bemerken will ich noch, daß die Meinung dahin ging, daß die 5 Personen, welche die Verwaltung führen sollen, möglichst an einem Platz oder in einem verhältnismäßig nicht zu großen Umkreis wohnen sollen, daß es dagegen bei den Kontrolleuren, welche die Geschäftsführung zu überwachen haben, weniger darauf ankommt, obwohl auch hier wünschenswert ist, daß sie nicht allzu entfernt vom Sitze der Parteileitung ihren Wohnort haben.

Diese Parteileitung ist gewissermaßen der Kopf des Ganzen. In der Parteileitung ist der Mittelpunkt für die Verwaltung geschaffen; für die politische Leitung wird ja die Fraktion nachher immer noch ihren sehr bedeutenden und maßgebenden Einfluß haben, gleich wie auch die Parteipresse.

Mit dieser Zusammensetzung des Parteivorstandes aber glauben wir auch zugleich die notwendige Kontrollinstanz geschaffen zu haben, wodurch eine Extrakontrollbehörde überflüssig wird. Die gewählte Form ist ja wieder auf die vereinsrechtlichen Verhältnisse zurückzuführen; wir waren in der Kommission einstimmig darin, daß, wenn wir uns überhaupt eine Organisation geben können, dies die einzig mögliche Form ist.

Wir haben zuletzt noch den Zusatz beschlossen:

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Dieser Passus klingt etwas selbstherrlich, aber auch diese Vorschrift ist uns durch die Verhältnisse aufgezwungen. Wir haben ja Vermögen, das soll sich vermehren, es ist im Interesse der Partei sehr zu wünschen, daß wir gewisse Fonds haben. Nun können, trotz aller Vorsicht, trotz alles Bestrebens, dem Gesetze möglichst nachzukommen, — man sucht ja immer wieder uns von dem Boden des Gesetzes abzudrängen — wir dennoch nicht wissen, ob wir nicht wieder als Verein erklärt und geschlossen werden; die schließende Behörde möchte dann vielleicht kommen und verlangen, daß wir mit dem Gelde herausrücken, weil es beschlagnahmt werden müsse. Für diesen Fall — denn wir hätten kein Vergnügen daran, der Polizei das Geld auszuliefern (Weiterkeit) — gäulben wir uns sichern zu müssen. Ausliefern würden wir das Geld ja nicht, darüber täuscht sich auch die Polizei nicht; aber wenn wir diese Bestimmung

nicht haben, welche den Vorstand der Partei den Gerichten gegenüber deckt, so könnte nach früheren schlimmen Erfahrungen eine Behörde wieder von uns die Herausgabe verlangen, und im Falle der Weigerung, die Anklage wegen Unterschlagung erheben. Siehe den Prozeß in Mannheim; die Mannheimer sind verurteilt worden, obwohl eine Unterschlagung im kriminellen Sinne nicht vorlag; aber die Richter sind zu der Ueberzeugung gekommen, weil die Metallarbeiter mit Rücksicht auf ihre Gewerkschaft unter der Aera des Sozialistengesetzes mit der Klarlegung des Thatbestandes nicht offen heraustreten konnten. Wird dies naturarisch so festgelegt, so wird die Leitung einfach bezügliche Beschlüsse fassen. Vielleicht werden wir das Vermögen bei der Bank von England niederlegen — wir sind ja zu allem fähig — und dann werden wir, wie man uns maßgebend juristisch belehrt hat, sagen können, das Geld ist da, aber in der Bank von England; wenn ihr wollt, geht hin und holt's euch! (Weiterkeit.) Ich theile das bloß mit, damit nicht nach außen der Eindruck auskomme, als wenn die Parteileitung, über die Köpfe der Genossen hinweg, mit den Geldern wirtschaften könnte, wie sie wollte. Die Leitung soll vor aller Welt abrechnen über Einnahmen und Ausgaben; aber die Gelder müssen so untergebracht werden, daß nicht irgend Jemand heran kann, für den es nicht gesammelt war. (Weiterkeit.)

Im § 14 wird festgesetzt, daß der Parteitag die Höhe der Besoldung für die Vorstandsmitglieder zu bestimmen hat. Wir folgen damit dem Wunsche zahlreicher Stimmen auf dem Parteitag; die Gründe aber, welche ich in meinem Referat dafür geltend gemacht hatte, daß wir nicht ursprünglich sofort so verfahren sind, wurden in der Kommission als vollkommen zutreffend anerkannt. Einen Ausweg haben wir gefunden in einer Resolution, in der ausgesprochen werden soll, daß bis zum nächsten Parteitag der neuen Parteileitung überlassen wird, die Gehälter festzusetzen, weil man nicht weiß, wie groß der Umfang der Arbeit sein wird, wer ganz und wer nur zeitweise beschäftigt sein wird. Nach dieser Resolution würde die Bestimmung des § 14 für dieses Mal noch nicht zur Ausführung gelangen.

Zu § 15 ist die Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Parteiorgane durch die Parteileitung beibehalten worden und zwar aus Gründen, die in der Kommission noch näher ausgeführt wurden und so durchschlagend waren, daß ein ganz entschiedener Gegner dieser Bestimmung in der Kommission die Erklärung abgab, daß er keine Ursache mehr habe, gegen diese Vorschrift zu stimmen.

Nach § 16 sollen die Batanzen dadurch beseitigt werden, daß die Kontrolleure die Neuwahl vornehmen. Wir halten das für die glücklichste Lösung und hoffen außerdem, daß eine Batanz nicht

eintreten wird, daß wir fünf so gesunde, kräftige, tüchtige Genossen in den Vorstand bekommen, daß sie alle den nächsten Parteitag noch erleben werden. Daß die Wahl aus dem gesammten Kreise der Parteigenossen erfolgen kann, versteht sich von selbst.

Die so organisierte Parteileitung, die zumal immer nur ein Jahr besteht, garantiert uns vollständig, daß Beschwerden über die Leitung oder die Fraktion schnell und sachgemäß zur Erledigung kommen werden; es ist kein Grund mehr vorhanden, eine besondere Kontrollbehörde einzusetzen, die uns lediglich der Gefahr der Auflösung preisgeben würde.

In Betreff des Parteiorgans sind die ursprünglichen Vorschläge vollständig beibehalten worden. Da waren sehr viele Wünsche, und wurden auch in der Kommission wieder laut; aber nach nochmaliger gründlicher Erörterung der Für und Wider haben wir uns von der Unmöglichkeit überzeugt, eine andere Lösung, als die vorgeschlagene, zur Zeit zu finden. Auf dem nächsten Parteitag kann auch diese Bestimmung geändert werden; für jetzt wäre dies nur unter Schädigung sehr wesentlicher Parteiinteressen möglich.

Nachdem wir so den ganzen Tag fleißig gearbeitet hatten, nachdem alle Meinungen — und in der Kommission saßen ja die Vertreter der schroffsten Gegensätze, wir waren thatsächlich ein Miniaturbild des Parteitages — nochmals aufs Energischste und mit den sachlichsten Gründen vertheidigt worden waren, nachdem der Abend gekommen war und unsere Arbeit beendet, da war das ebenso für Sie wie für uns in der Kommission erfreuliche Resultat, daß es keine Sieger und keine Besiegten gab, sondern daß wir das ehrliche und offene Geständniß ablegen konnten, daß wir alle nur nach bestem Willen und Können auf die Wahrung des Parteiinteresses bedacht gewesen waren. Einstimmig haben wir alle 25 miteinander nicht bloß den Entwurf angenommen, sondern uns auch verpflichtet, einstimmig hier im Plenum für denselben einzutreten und Sie im Parteiinteresse zu ersuchen, den Entwurf en bloc anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Dieß: Es ist der Antrag eingelaufen, die Kommissionsbeschlüsse nicht zu diskutieren, sondern sofort en bloc anzunehmen. (Allseitige Zustimmung.)

Unter jubelndem Beifall wird, diesem Antrag entsprechend, ohne Diskussion der Entwurf nach den Kommissionsvorschlägen mit allen gegen 1 Stimme angenommen.

Auf Antrag Bebel's wird nunmehr zunächst über die Resolution, betreffend die Festsetzung der Gehälter berathen. Bebel: Es sollen 5 Personen vorhanden sein, welche die eigentlichen Verwaltungsgeschäfte zu leiten haben. Nach unserer praktischen Erfahrung müssen unter diesen 5 mindestens 2 sein, die mit ihrer ganzen Arbeitskraft von früh bis spät sich zur Verfügung

H

stellen; in nicht mehr zu fernher Zeit schon werden 2 vielleicht nicht mehr ausreichen. Neben den beiden Schriftführern wird die meiste Arbeit der Kassirer haben; dann aber werden die 5 Mitglieder sehr häufig, und zwar auch während des Tages, nicht bloß in den Abendstunden, zusammenkommen müssen und demnach erhebliche Zeiterpfer zu bringen haben. Ohne Rücksicht darauf, wer gewählt wird, und ob ein Gewählter auf materielle Beihilfe verzichten kann, meinen wir doch, daß gewisse materielle Entschädigungen diesen Personen gezahlt werden müssen, unter allen Umständen denjenigen, welche mit ihrer ganzen Arbeitskraft herangezogen werden. Früher erhielten die Schriftführer je 150, der Kassirer 105, die beiden Vorsitzenden je 45 Mark. Diese Beträge werden gegenwärtig nicht mehr auslangen, namentlich wenn Berlin, welches größere Mittel erheischt, zum Sitz der Parteileitung gewählt wird, wie es höchst wahrscheinlich geschehen wird. In Anbetracht der Zeiterpfer und der materiellen, in Bezug auf Repräsentation an die Mitglieder zu stellenden Anforderungen glauben wir annehmen zu dürfen, daß in maximo für die beiden Schriftführer monatlich je 250 Mark, für den Kassirer 150 Mark, die beiden Vorsitzenden je 50 Mark auszugeben sein wird. Ist der Eine oder der Andere später in der Lage, auf diese Zuschüsse zu verzichten, um so besser für die Partei; im Prinzip aber halte ich eine derartige Festsetzung für nothwendig. Ich schlage nun vor, von der Detailberathung abzusehen und statt dessen folgende Resolution zu beschließen:

In Erwägung, daß im § 14 des Organisationsstatuts bestimmt ist, daß die Gehälter für die Parteileitung durch den Parteitag festgesetzt werden sollen; in Erwägung, daß noch nicht zu übersehen ist, wie groß die Arbeit der Parteileitung sein wird, also sich die Höhe der nothwendigen Gehälter nicht genau festsetzen läßt, beschließt der Parteitag, daß die Parteileitung ermächtigt ist, das Gehalt bis zum nächsten Parteitag selber festzusetzen mit der Einschränkung, daß das Gehalt der einzelnen Mitglieder, soweit sie überhaupt Gehalt empfangen, den Betrag von 250 Mark pro Monat nicht übersteigen darf.

Für die Kontrolleure ist eine bestimmte Entschädigung nicht vorgesehen; doch werden dieselben, wenn sie zusammentreten, sowohl Reisekosten und Auslagen ersetzt erhalten, wie auch entsprechende Diäten bekommen. (Allseitige Zustimmung und Rufe: Abstimmen!)

Ohne Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

Hierauf wird nach § 10 des Statuts der Sitz der Parteileitung bestimmt.

Dazu liegen 2 Anträge vor: 1. von Elbing-Marienburger, den Sitz nach Danzig (Heiterkeit) zu verlegen, 2. zum Sitze Berlin zu wählen.

H

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Jochem-Danzig: Der Vertreter für Elbing-Marienburg hat mir den Danzig betreffenden Antrag zur Unterschrift vorgelegt. Ich sagte ihm, er solle doch so etwas nicht machen. Er hat ihn mir nochmals vorgelegt, ich habe meine Unterschrift wieder verweigert. Was ich befürchte habe, ist eingetreten, es wurde über den Vorschlag gespottet, und da habe ich zu erklären, daß die Danziger Genossen und ich mit dem Antrage nichts zu thun haben.

Der Vorschlag, betreffend Danzig wird unter großer Heiterkeit einstimmig abgelehnt, Berlin dagegen einstimmig angenommen.

Auf Grund des § 10, Absatz 3 geht der Parteitag jetzt über zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.

Von der 25er Kommission ist folgende Vorschlagsliste dem Parteitage unterbreitet worden:

Vorstand

- A. Gerisch, Vorsitzender.
- B. Singer,
- F. Auer, Schriftführer.
- R. Fischer,
- Webel, Kassirer.

Kontrollleure.

- Behrend-Frankfurt a. D.
- Dubber-Hamburg.
- Emald-Brandenburg.
- Herbert-Stettin.
- Jacoben-Berlin.
- Kaden-Dresden.
- G. Schulz-Berlin.

Hierzu bemerkt Kühn-Langenbielau: Als Mitglied der 25er-Kommission bin ich beauftragt, zu motiviren, wie die Kommission dazu gekommen ist, diesen Vorschlag sich zu erlauben. Nach Annahme des § 13 ergab sich ganz von selbst die Frage, ob sich nicht in diesem engeren Kreise eine Verständigung über die geeignetsten Personen finden ließe. Die Kommission war sich völlig bewußt, daß ihr Mandat nicht dahin ging; entschied sich aber einstimmig dafür, es dennoch zu thun. Als Gründe für dieses Vorgehen waren maßgebend zunächst die Rücksicht auf Zeitersparnis in Anbetracht der Geschäftslage; ferner bezüglich der Feststellung der Personfrage selbst der Umstand, daß es wünschenswerth erschien, wenn die Kontrollleure nicht zu weit vom Sitze der Parteileitung entfernt

H

wohnen, um in dringenden Fällen möglichst an einem Tage zur Erledigung der betreffenden Angelegenheiten zusammenkommen zu können. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die vorgeschlagenen Kontrollleure ausgewählt worden; der andere geltend gemachte Wunsch, daß möglichst jeder größere Einzelstaat oder jede Gegend Deutschlands in der Parteileitung berücksichtigt werden möchte, hatte demgegenüber zurückzutreten. Bei der Abwägung der Personfrage ist natürlich in erster Linie die Qualifikation der einzelnen Vorgeschlagenen erwogen worden. Die Kommission bezweifelt gar nicht, daß es außerhalb ihrer Vorschläge noch andere, für die weitverzweigte, komplizierte Thätigkeit der Geschäftsleitung ebenso geeignete Personen giebt und will dem Recht des Parteitages nicht im Geringsten vorgreifen (Unruhe, Schlußruhe); sie erlaubt sich eben nur, Äynen nach ihrer Ansicht geeignete Vorschläge zu machen. Der Name Liebknecht fehlt auf der Vorschlagsliste, weil wir der Ansicht waren, daß Liebknecht, als Chefredakteur des Parteiorgans, einmal keine Zeit für die Vorstandsthätigkeit übrig haben, dann aber doch so wie so der geistige Leiter bleiben würde.

Joest-Mainz: Ich habe einen Antrag mit fünf anderen Namen von Kontrollleuren eingereicht, der aber nicht verlesen worden ist. Im Umkreise von Berlin, über Dresden hinaus, befindet sich auf der Kommissionsliste kein einziger Genosse. Der ganze Süden und Westen Deutschlands soll unvertreten bleiben; das begreife ich nicht. (Gelächter.) Ich schlage Grillenberger, Geel-Offenburg und Müller-Darmstadt statt der beiden Berliner und des Frankfurter Genossen vor.

Geyer-Leipzig-Land: Ich finde Joest's Ansicht geradezu partikularistisch. Er spricht von Gerechtigkeitsgefühl; ist es gerecht, Anderen das Gerechtigkeitsgefühl abzuspochen?

Brinz-Frankfurt a. M.: Man sollte doch die Vorschläge der Süddeutschen nicht auslachen; die Süddeutschen haben dieselben Eigenschaften wie die Norddeutschen, mit Ausnahme einiger Berliner. (Hoh!) Auch von Darmstadt und Nürnberg kann man in einer Tagereise nach Berlin kommen. Der Vorstand von vor 1878 war über ganz Deutschland verzweigt.

Pittat-Kiel-Rendsburg tritt für den Kommissionsvorschlag ein. Behrend-Frankfurt a. D. erklärt, im Interesse der Süddeutschen zurückzutreten zu wollen.

Frohme kann sich auch mit der Liste nicht ganz befrieden. Der Vorwurf des Partikularismus sei zurückzuweisen; bei dem großen Interesse, welches die Genossen allerorten in Deutschland der Geschäftsleitung entgegenbringen, sei der Hinweis der Süddeutschen auf die Nothwendigkeit, im Vorhand vertreten zu sein, selbstverständlich. Es würde einen höchst üblen Eindruck in Süddeutschland machen, wenn den Wünschen der dortigen Genossen nicht würde nachgegeben werden.

H